zwerk Selbsthilfe e.V., Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe

Netzwerk Rundbrief

Nr. 16 A 7204 F
15. März 1982

Preis: 1,- DM

zwerk Selbsthilfe e.V., Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe



Wie könnte ein Sanierungsträger aussehen?

Inhalt

Herausgeber:
Netzwerk
Selbsthilfe e.V.
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
☎ 030 / 691 30 72
V.i.S.d.P.:
Jochen Vorfelder
c/o Netzwerk
Satz: Gegensatz
Druck: Oktoberdruck
Der Bezug des Netzwerk-Rundbriefs ist für NW-Mitglieder kostenlos.

Liebe Netzwerker / innen,

nur noch ein paar Tage bis zum Frühlingsanfang. Zeit für neue Vorhaben, Ideen und Leute, ist es Zufall, daß besagter Tag mit der nächsten Mitgliedervollversammlung am 20. März auf dem UFA-Gelände zusammenfällt?

Jedenfalls ein gutes Omen nach der Phase der Winterdepression. Nicht wenige Aktive hatten den Eindruck, daß Netzwerk reichlich diskussions- und reibungslos seine Gelder unter die Projekte kleckert. Dagegen seien diejenigen Aktiven, die das mit Überzeugung tun und sich auf dem richtigen Dampfer fühlen, an einer Hand abzuzählen. Tendenzielles Stimmungsbild: Kleckern und klotzen

Aus der allgemeinen Baise entstand zwingend die Denkpause, die wir eingelegt haben. Alle Arbeitsgruppen, Vorstand, Büro und Beirat hielten neben ihren nicht aufschiebbaren Arbeiten für sechs Wochen inne und trugen ihre Vorstellungen, Kritikpunkte und Phantasien zusammen. Die Resultate wurden vor einer Woche auf einem Intensivwochenende aller Aktivisten / innen gesammelt, gemixt, gefiltert, zerpflügt, und wieder zusammengesetzt. Mit anderen Worten: Die Zukunft des Netzwerkes steht nicht mehr allein in den Sternen, sondern wird gerade schwarz auf weiß zusammengeschrieben und im nächsten Rundbrief abgedruckt.

Außer diesem internen Moratorium haben einige ,,highlights" den Alltag der letzten drei Monate bestimmt. Ulf Fink, seines Zeichens Senator und Alternativfreund der CDU, überraschte Ende Januar die Scene mit einem inzwischen auf schlappe 52 Millionen angewachsenen Staatskneteangebot. Tenor: Umarmung und Unterstützung, wenn gemeinsame Wurzeln der Selbsthilfe und Ausgrenzung der ,,Militanz" anerkannt werden. Darüberhinaus war der Senator an einem Gespräch mit Netzwerk interessiert, warum nicht? Bei der ersten ,,offiziellen" Kontaktaufnahme löste sich schließlich die gönnerhafte Geste auf: Das Ganze, verpackt in eine große Anfrage der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus und der Presse mundgerecht serviert, war ein riesiger Ettikettenschwindel. Es stimmt zwar, daß im Haushaltsentwurf '82 insgesamt 52.097.420,-DM zur finanziellen Förderung von Selbsthilfegruppen vorgesehen und bewilligt sind, doch sind fast alle Mittel bereits bindend an bestehende Gruppen vergeben, von der Förderung neuer Gruppen, Arbeitskollektive oder politischer Initiativen, die die Netzwerkkriterien zur Vergabe von Geldern vorweisen würden, kann nicht die Rede sein. Keine Frage, alles bleibt beim Alten.

Neues tut sich dagegen an der Häuser-Front. Der Vorstoß von Netzwerk, in der Phase von Legalisierungen einen Träger anzubieten, hat nicht nur bei Senat und Kirche, sondern auch in vielen Häusern gute Resonanz gefunden. Schon allein die Tatsache, daß inzwischen allenthalben über mögliche Träger und -konzepte nachgedacht wird und in den Häusern die Vorstellungen über Eigenorganisationen und Vertretung nach außen zusammengetragen werden, ist als Erfolg zu werten. Der Stand der Diskussion im Netzwerk sieht momentan so aus: Neben dem Netzwerk-Verein entsteht unabhängig die ,,Netzbau GmbH", die als gemeinnütziger Sanierungsträger fungiert. Ihr wird rechtlich das Eigentum einer beliebigen Zahl von Häusern eingeräumt, das sie durch Pacht- oder Nutzungsverträge an die Bewohner, die sich in einem Verein organisieren, weitergibt. Entscheidungen der GmbH, die von einer bestimmten Geschäftsführung ausgeführt werden, werden in einem Beirat gefällt, der von den Mitarbeitern von ,,Netzbau", dem Netzwerk, der Kirche und Vertretern der Häuser beschickt wird.

Dieser Diskussionsstand wird von Netzwerkern im Moment in Gesprächen mit besetzten Häusern, die an dem Modell beteiligt werden wollen, noch modifiziert.

Bleibt noch nachzutragen, daß Netzwerk nach der Entscheidung des Beirats, die ,,Courage" nicht zu fördern, bei den Feministinnen und der TAZ-Frauenseite wohl endgültig unten durch ist.

Die Rundbriefredaktion

Grundsätzliches

Vor drei Jahren ist Netzwerk angetreten, politisches Handeln angstfreier und offensiver zu gestalten. Unwirksame linke Parolenpolitik der ausgehenden Studentenbewegung und Resignation angesichts der versteinert erscheinenden politischen Verhältnisse sollten gleichermaßen überwunden werden.

Die neue Idee, die dieses Kunststück vollbringen sollte, bestand darin, die sozialistischen Ziele der Neuen Linken mit der kollektiven Praxis der Alternativgruppen zu verbinden. In diesem Prozeß sollte nicht nur die Utopie des Selbstverwaltungssozialismus durch beispielgebende Projekte verifiziert und verbreitet werden, sondern auch ganz handfest ökonomische System-Unabhängigkeit und dadurch eine geringere politische Erpreßbarkeit durch kollektive Selbsthilfe befördert werden. Mittlerweile können wir erkennnen, daß das angestrebte links-alternative Bündnis nur zur Hälfte ins Werk gesetzt werden konnnte: zwar zahlt (sehr vergröbert) die Linke fleißig ihre Mitgliedsbeiträge und ermöglicht damit vielen Aussteigern und Ausgestoßenen das Überleben im Kollektiv, andererseits aber ist der politische Impuls von den Projekten zurück zur ökosozialistischen Theorie- u. Strategiebildung, weitgehend ausgeblieben. Nicht wechselseitige ökonomische und geistig-politische Förderung und Kooperation ist eingetreten, sondern die Herausbildung relativ isolierter Lager von Alt-68ern einerseits und Jung-Alternativlern andererseits (wieder sehr vergröbert), die sich nur noch ideologisch im unendlich fernen Punkt des konsensfähigen Ökosozialismus begegnen.

Durch die aktuelle staatliche Umverteilungspolitik zugunsten investitionsfähiger Kapitale verringern sich die staatlichen direkten und indirekten Förderungsmittel für Alternativprojekte. Dadurch nimmt der Druck auf Netzwerk zu, das Überleben der Projekte durch kompensierende Förderung zu ermöglichen. Gleichzeitig ist abzusehen, daß die Betätigung des Netzwerks als "alternatives Sozialamt" die sog. Sparpolitik bei den Ärmsten nicht nur nicht stoppen kann, sondern-schlimmer noch- gerade jene reaktionären politischen Kräfte ermuntern muß, die eine Privatisierung sozialer Lasten und Risiken im Schilde führen.

Deshalb muß Netzwerk politischer werden. Der 2. Teil der Netzwerk-Idee wartet auf seine Verwirklichung. Auch wenn wir dem Netzwerk-Topf den Boden auskratzen, können wir nie alle Finanzbedürfnisse der Alternativprojekte befriedigen. Zudem würden wir bei Fortsetzung dieser eindimensionalen Politik nur die Illusion nähren, daß man/frau sich im härter werdenden Krisenkapitalismus ohne breite politische Bündnispartnerschaft gerade noch je einzeln einen Platz auf dem Rettungsfloß der Alternativ-Ökonomie sichern könnnte.

Mit den tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten einer alternativen Zusatzfinanzierung und der notwendigen Selbstveränderung durch kollektives Leben und Arbeiten im Rücken, müssen wir mit den anderen bündnisfähigen sozialistischen Kräften nach angemessenen formen offensiven politischen Handelns suchen.

D.h. nun konkret angewandt auf die Legalisierung der besetzten Häuser: nicht mehr sich mit einer Jahrespauschalzuweisung wie 1981 aus der Mitverantwortung für das Schicksal der Besetzer/innne und Häuser stehlen, sondern den Besetzern, dem Senat u. den Eigentümern gegenüber offen für Vertragabschlüsse eintreten, die die Selbstverwaltung der Hausgemeinschaften von Besetzern und die Umleitung staatlicher Förderungsmittel weg von den Betroffenen kontrollierten Körperschaften ermöglichen.

Da jetzt die nächsten Modernisierungen (u. damit Räumungen) vorbereitet werden, ist höchste Eile geboten. Um das politische Klima an allen "Fronten" noch zu beeinflussen, muß Netzwerk sehr schnell signalisieren, daß es selbst zur formalen Übernahme von besetzten Häusern bereit ist u. ein -noch veränderbares- Rohkonzept vorlegen. Dann werden wir mit allen erstzunehmenden Partnern ins Gespräch kommen (viele haben sich ja schon aus dem Legalisierungspektrum verabschiedet und warten auf bessere Zeiten) und ein Stückchen wohnungspolitischer Wende vielleicht mitgestalten können.

Die Alternative wäre, warten bis alles vorbei ist- oder bestenfalls: anderen möglichen Trägern je 20 000.- DM Gründungskapital und gute Wünsche mit auf den Weg geben- und hinterher maulen, wie falsch diese doch die Sache angepackt haben. Das aber haben wir — wie unsere Zusammenkünfte im "AK Netzwerk-Trägerschaft" gezeigt hat — ja gar nicht nötig. Wir können durchaus selber etwas tun.



Netzbau

Wie könnte der Träger aussehen?

Vorgeschichte

Auf dem NW-Aktivisten-Plenum im Dezember 81 wurde ein Meinungsbild hergestellt, daß nahezu einstimmig ein Engagement von NW in Richtung Legalisierung besetzter Häuser begrüßte. Es meldeten sich etwa 5 Leute, die sich Gedanken über eine mögliche Rechtsform und die Aufgaben eines ggf. zu gründenden „Netzwerk-Trägers" machen sollten, um — nach Beschlußfassung durch die Mitgliederversammlung — in der zu erwartenden Legalisierungsdiskussion dieses Frühjahrs mit einem ganz konkreten Angebot zur Übernahme und Sicherung besetzter Häuser aufwarten zu können.

Diese Arbeitsgruppe, die sich bald den Namen „Netzbau AG" (nicht zu verwechseln mit Aktiengesellschaft) gab, hat seit Mitte Januar 82 wöchentlich getagt und — wie könnte es in der Berliner Scene anders sein — für große Aufregung und Gerüchtebildung gesorgt. Zu frisch noch sind die Erinnerungen an die berüchtigten Geheimverhandlungen einiger NW-Mitarbeiter vor einem Jahr, asl am „Stiftungsmodell" gebastelt wurde.

Diesmal aber, das war allen Netzbauern von Anfang an klar, sollten diese Fehler nicht wiederholt werden und alles ganz anders, d.h. offener, gemacht werden. Klar war ferner, daß es im Falle einer Netzbau-Gründung nur mit Zustimmung der Besetzer zu einer Übernahme



Photo: Kipp

besetzter Häuser kommen könnte und ferner: daß es beim Vertragsabschluß mit Hausgemeinschaften (in Vereins- oder Genossenschaftsform) die größtmöglichen Selbstverwaltungsrechte (unter Übernahme der entsprechenden Pflichten) für die Besetzer angestrebt und vereinbart werden sollten.
Daß nun trotz dieser guten Absichten bei einigen der Eindruck entstanden ist, Netzwerk würde wiederum im Trüben fischen, liegt daran, daß wir es für legitim hielten, die erste Phase der Meinungsbildung (d.h. konkret die ersten drei Sitzungen der AG) netzwerkintern zu halten, um zumindest einen annähernd gemeinsamen Standpunkt innerhalb der Arbeitsgruppe zu erzielen. Alles andere, z.B. die völlig unvorbereitete Einladung aller legalisierungswilligen Hausbesetzer, würde das Netzbau-Projekt schon im Ansatz zum Scheitern verurteilen. (Auch die Bürgerinitiative SO 36, die ebenfalls eine Trägerschaft plant, ist mit einem vorbereiteten Konzept an die besetzten Häuser in ihrem Arbeitsquartier herantreten.)
Mittlerweile (Stand Ende Februar) nehmen aber neben Fachleuten, die die AG weiterbilden sollen, auch zunehmend Besetzer teil, die schon das Gerüst der ins Auge gefaßten GmbH mit beeinflussen wollen und sollen.

Der gegenwärtige Diskussionsstand

Netzwerk soll als (bisheriger) Alleingesellschafter eine GmbH gründen, die den Namen „Netzbau GmbH" trägt und möglichst schnell die Gemeinnützigkeit erhalten soll. Im Falle der Gründung hat die Evangelische Kirche ein „lebenslanges" Darlehen von DM 30.000 oder mehr (Klingelbeutel) zur Beschaffung des Stammkapitals in der benötigten Höhe von DM 50.000 angekündigt.
Die Geschäftsführung würde von Netzwerk e.V. als Gesellschafter bestellt, und von einem Beirat bestätigt. Der Beirat, dem Vertreter der übernommenen Häuser und der Netzbau Mitarbeiter (betriebliche Mitbestimmung) sowie wohnungspolitischen Organisationen und Persönlichkeiten angehören sollen, hat die Aufgabe, die Geschäftsführung in allen wichtigen Fragen zu kontrollieren (z.B. Entscheidung, welche Häuser die GmbH kaufen, mieten oder im Erbbaurecht übernehmen soll, Abschluß von Verträgen mit Bau- oder Planungsorganisationen, die einen Teil der Aufgaben des Eigentümers Netzbau für ihn erledigen, Abschluß von Hausverwaltungsverträgen mit den Hausgemeinschaften der Besetzer).
Allgemein hat die Netzbau GmbH folgende Aufgaben, die aber — außer der eigentlichen Eigentumsübernahme (bzw. notfalls Anmietung) wieder mit Unterverträgen an andere Organisationen (die besonders in der Aufbauphase oft qualifizierter sein dürften) weitergegeben werden können.

1. Ankauf (Übernahme im Erbbaurecht, Anmietung oder Pacht) von Grundstücken und Häusern; Vergabe von dinglichen Rechten an die Bewohnerorganisationen;
2. Entwicklung von Bau- und Finanzierungsplänen (Instandsetzung und Modernisierung) mit den Bewohnern; Beschaffung von öffentlichen Förderungsmitteln (Staatsknete) bei Wunsch der Bewohner;
3. Beratung und/oder Durchführung der Baumaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung von Selbsthilfemaßnahmen der Bewohner;
4. Bewirtschaftung der Häuser, die noch nicht in die Hausselbstverwaltung übergehen wollen.

Mögliche Arbeitsweise

Konkret sollte Netzbau in etwa so arbeiten: Die Hausgemeinschaften, die eine Übernahme durch Netzbau wünschen, melden sich und vereinbaren einen Hausselbstverwaltungsvertrag mit dem künftigen Eigentümer Netzbau. Darin müssen alle Rechte und Pflichten der Vertragspartner geregelt sein (besonders müssen sich die Hausgemeinschaften verpflichten, die laufenden Bewirtschaftungskosten zu zahlen), um bei möglichen Streitigkeiten verbindliche Regelungen vorzufinden.
Danach — bzw. auch parallel — versucht Netzbau, das entsprechende Haus zu erwerben (bzw. im Erbbaurecht zu übernehmen). Hierbei wird einmal das Netzbau-Eigenvermögen (welches es ja noch nicht gibt) von entscheidender Bedeutung sein, wenn es sich um Häuser von privaten Eigentümern handelt, die nicht in Sanierungsgebieten liegen, weil Land Berlin (also der Senat) hier keine öffentlichen Mittel hineingesteckt hat, bzw. keine Sanierungsverträge zwischen Berlin und den Eigentümern vorhanden sind, die eine Eigentumsübertragung an Netzbau ermöglichen würden, zum andern die Bereitschaft des Senats, den bisherigen Sanierungsträgern in Sanierungsgebieten ihren Eigenkapitalanteil von 30% zurückzuerstatten, falls Netzbau diesen Eigenkapitalsanteil nicht selbst aufbringen kann. Ferner entsteht bei Häusern, die nicht in Sanierungsgebieten liegen, das Problem der spekulativ überhöhten Bodenpreise, die Netzbau nicht guten Gewissens bezahlen könnte, selbst wenn sie dazu in der Lage wäre.
Bei diesen Problemen wird sich der Senat entscheiden müssen, ob er ernsthaft an einer Lösung der Hausbesetzerfrage interessiert ist und die politische und damit auch finanzielle Verantwortung für die bisherige und noch andauernde falsche Sanierungspolitik übernimmt — oder sich auf formale Abwehrargumente zurückzieht, die Lösungen dann eben verhindern werden.
Einmal angenommen, das Problem des Haus- und Grunderwerbs könnte gelöst werden (z.B. im Kreuzberger Block 103 stecken zu 100% öffentliche Mittel im Boden, und der bisherige Eigentümer will aus dem Sanierungsvertrag heraus), so wird uns dann die Instandsetzungs-und Modernisierungsplanung und -durchführung beschäftigen. Prinzip ist hier: Ausarbeitung von Konzepten durch die Bewohner unter Mithilfe von Architekten ihres Vertrauens; Bauplanung und Durchführung unter maßgeblichem Einsatz von Selbsthilfe, Beschaffung der öffentlichen Förderungsmittel, wobei wir von einer Förderung durch Land Berlin im Bereich der Grundinstandsetzung ausgehen, da auch hier der Senat die Verantwortung für die zur Verslumung der heute leerstehenden Gebiete führenden großflächigen Sanierungs- und Freimachungspolitik zu tragen hat.
Die Modernisierungsmaßnahmen können zwar schon anfangs mit ins Auge gefaßt werden, vermutlich aber erst später und im Lauf der Zeit durchgeführt werden, da hier — je nach Standard — auch erhebliche Kosten entstehen, die nicht mehr von der öffentlichen Hand bezahlt werden. (Bei Mietermodernisierung z.B. 55% Eigenkapitalanteil für die Eigentümer). Aber das sind Fragen, die noch weit in der Zukunft liegen — falls wir überhaupt dahin gelangen werden.

Perspektiven

Schließlich ist daran zu denken, wie das Grundeigentum langfristig neutralisiert werden kann, da Netzbau — entgegen allen Unkenrufen — ja nicht die Absicht hat, zum Großgrundbesitzer zu werden.
Es müssen daher von Anfang an oder ab einem bestimmten Stichtag mit der Miete bzw. den entsprechenden monatlichen Belastungen auch Instandhaltungs- und Bodenerwerbskosten bezahlt werden, die eine spätere Übertragung des Eigentums an einen kleinen kiezbezogenen Träger, der dann weg von Netzbau aus den Bewohnerorganisationen selbst gebildet wird, ermöglichen.
Netzbau soll grundsätzlich die kiezbezogene Trägerschaft anstreben und entsprechende Ansätze (wie den der BI SO 36) fördern, aber in der aktuellen Gefahrensituation auch versuchen, unzusammenhängende und verstreute Häuser zu übernehmen und damit vor Räumung zu schützen.

Christian Wend

Schön stabil...

Nachdem Netzwerk nach über drei Jahren zu einer mehr oder weniger geliebten Institution in der Alternativbewegung geworden war, war eine Routine in der Mittelvergabe und damit einhergehende Unlust nicht mehr zu übersehen. Um dieser schleichenden Gefahr entgegenzuwirken und um aktuelle Konflikte (Regionalisierung, Beiratsentscheidungen, Beteiligungen und Gründungen von eigenen Gesellschaften, Bunte Bank usw.) auszudiskutieren, beschlossen Vorstand und Beirat zu Anfang des Jahres auf Anregung einer Arbeitsgruppe „Zukunft", eine Denkpause einzulegen. Der Beirat stellte für ca. 5 Wochen seine Geldvergabe ein. Arbeitsgruppen, Vorstand und Büro setzten sich bei ihren regelmäßigen Treffen, um inhaltliche Schwerpunkte zu bereden.

Was ist aus der rasenden Wildsau nach drei Jahren geworden? Läuft sie nicht immer mehr Gefahr, zu einem stinknormalen, rosa Hausschwein zu degenerieren?

Netzwerk und die Alternativbewegung: Eine Beziehung mit Zukunft, ist da überhaupt noch was in Bewegung? Was ist aus den Ansprüchen, Träumen und Wünschen geworden?

Die politische Repression nimmt zu, da können auch die jüngsten Annäherungsversuche der CDU nicht darüberhinwegtäuschen.

Es wird immer schwieriger, Widerstand zu organisieren, sei es nun in den besetzten Häusern, im Tegeler Forst oder in Kollektiven. Stimmt da unsere Förderungspraxis noch mit der politischen Realität überein?

Diese grundsätzlichen Fragen wurden in den letzten fünf Wochen zumindest angerissen und in kurzen Protokollen festgehalten. Gemeinsam unter allen aktiven wurden die Arbeitspapiere dann auf einem Arbeitswochenende Anfang März auf dem UFA-Gelände konkretisiert und verdichtet. Es entstanden keine „Richtlinien" für die kommende Arbeit, dennoch konnten Grenzen abgesteckt werden, in denen sich Netzwerk bei den künftigen Konflikten, sei es bei der eventuellen Gründung der Trägergesellschaft „Netzbau" oder in der Beiratsarbeit, bewegen sollte. Die Protokolle des Wochenendes werden im nächsten Rundbrief wiedergegeben, die folgenden Papiere geben einige Ansätze aus der Vorbereitung wieder.

Jo.

Schlapp

Die gestrige Beiratssitzung zum Courage-Antrag über 70.000 Mark nehme ich zum Anlaß für eine symbolische Tat, nämlich meinen bisherigen Beitrag von 30 Mark pro Monat auf 5 Mark zu verringern — mit der Absicht, den ursprünglichen Beitrag wieder zu zahlen, sollte das Netzwerk in den nächsten Monaten mit seinem subkulturellen Opportunismus brechen und beginnen, ein eigenes Gesicht zu zeigen. Aus dem Beirat zurückzutreten oder gar aus dem Verein auszutreten, schien mir natürlich zu stark, aber bloß zu protestieren — wie so oft schon — wiederum zu schwach.

Der Beirat hat entschieden, nicht zu entscheiden. Das ist typisch für den Beirat im besonderen und für Bürokratien jeglicher Art im allgemeinen. Es ist peinlich - und schlappschwänzig. Das Risiko dieser Sprache ist mir bewußt.

Gewiß, keine/r ist je mit der Beiratsarbeit wirklich zufrieden. Es liegt an unserem diffusen Linkspluralismus. Es allen recht machen wollen, heißt, es niemandem recht machen. Jedenfalls bin ich das alternative Duckmäusertum und den antiautoritären Sado-Masochismus, wie sie sich beispielhaft auch im Netzwerkbeirat äußern, leid. Auch „Solidarität" wird zu einem sozialen Kontroll-Befehl und zur blanken Ideologie, wo das Wort nur noch dazu dient, eigene Unfähigkeiten, mangelnde Kompetenz, Unorientiertheit und Entscheidungsschwächen zu vertuschen.

Im letzten Jahr habe ich wiederholt den Eindruck bekommen, daß Netzwerk — oder richtiger und gerechter gesagt, der Netzwerk-Beirat, der ja mit dem wenigen was er tut, oder nicht tut, das Netzwerk-Bild stärker prägt als das viele, das die vielen anderen Netzwerker tun — nicht mehr lern- und entwicklungsfähig zu sein scheint. Der Laden ist auf geradezu beunruhigende Weise „stabil". Er wird größer oder kleiner, und wenn nichts passiert, dürfte das vorzeitig verkalkte Netzwerk mit der Verbröselung der Alternativbewegung auch sich selbst verbröseln.

Joseph

Anzeichen der Verknöcherung

Das Unbehagen am Abschlaffen der Alternativbewegung im allgemeinen und an der etwas schlaffen Netzwerk-Routine im besonderen konzentriert sich in letzter Zeit u. a. auf die Arbeit des Beirats. Sicher ist hier vieles schief gelaufen und in großen Teilen kann ich der Kritik, die Joseph Huber in seinem Brief vom 29. Januar äußert, nur zustimmen. Aber in einigen Punkten scheint mir die Diskussion in eine gefährlich falsche Richtung zu laufen.

1. Die Klagen über die mangelnde Präsenz im Beirat sind zweifellos berechtigt. Ich selbst konnte in letzter Zeit wegen anderer Verpflichtungen häufig nicht teilnehmen. Auch in Zukunft werde ich nicht an allen Terminen präsent sein können, vor allem wenn diese kurzfristig angesetzt werden. Wenn dies als unerträgliche Belastung der Netzwerkarbeit empfunden wird, bin ich gern bereit, vor Ablauf meiner 'Amtszeit' zurückzutreten.

Allerdings möchte ich vor einem warnen: Schraubt die Anforderungen an das Engagement der Netzwerker nicht so hoch, daß vielen nur die Wahl bleibt, dauernd mit einem schlechten Gewissen herumzulaufen oder ganz wegzubleiben. Es war einmal unsere Absicht, in den Gremien des Netzwerks auch Leute zu haben, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen stark engagiert sind. Auf diese Weise sollten die dort gewonnenen Erfahrungen und die speziellen Kontakte für das Netzwerk fruchtbar gemacht werden. Wenn wir das weiterhin wollen, muß es auch möglich sein, in den Gremien des Netzwerks mitzuarbeiten, ohne zum Vollzeit-Netzwerker zu werden.

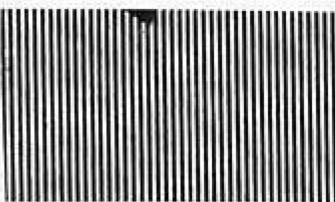
2. Joseph Huber spricht in seinem Brief von „subkulturellem Opportunismus" und „alternativem Duckmäusertum" und bezieht dies auf das Verhalten des Beirats bei der Geldvergabe. Da ist wohl was dran. Viele von uns haben offenbar Schwierigkeiten, angesichts des Psychodrucks,der von einigen antragstellenden Projekten ausgeübt wird, und in Erwartung eventueller Angriffe in der Alternativ-Presse klare Entscheidungen zu fällen. Die Frage ist aber, ob daraus der Schluß gezogen werden soll, das Spektrum zu verengen, eindeutige Schwerpunkte der Förderung zu beschließen und notfalls auf ein Fünftel der Mitglieder zu verzichten. Offenbar

geht Joseph davon aus, daß a) eine weitgehende Einigung über die Schwerpunkte der Förderung und die politische Richtung des Netzwerks erzielt werden und b) diese Einigung dann auch die Probleme bei der Geldvergabe im Beirat lösen würde.
In beiden Punkten bin ich skeptisch. Ich glaube, daß es angesichts des verbreiteten Frusts und der latenten Aggressivität in der 'Bewegung' gar nicht gut wäre, jetzt das linkspluralistische Konzept aufzukündigen und eine politische Vereinheitlichung anzusteuern. Außerdem sind die im Beirat zu behandelnden Fälle gar nicht in dem Maße typisierbar, daß eine Entscheidung über Schwerpunkte uns sehr viel weiterhilft. Man kann ein Projekt je nach den beschlossenen Prioritäten einmal als soziales, einmal als politisches oder als Kombination von beidem darstellen. Im übrigen glaube ich nicht, daß die Entscheidungen des Beirats jemals so ausfallen können, daß sie von (fast) allen gutgeheißen werden. Auch eine jahrelange Diskussion mit verbindlichen Ergebnissen dürfte daran nichts ändern. Das heißt nicht, daß ich die Diskussion für unsinnig halte.
Im Gegenteil halte ich es für wichtig, daß in den Netzwerk-Gremien auch über grundsätzliche Fragen diskutiert wird. Nur sollte dabei nie vergessen werden, daß eine Organisation wie das Netzwerk nur funktionieren kann, wenn der Versuchung zur politischen Vereinheitlichung widerstanden wird.
3. Ich halte es für normal, daß eine Organisation wie das Netzwerk nach dreijähriger Tätigkeit Anzeichen der bürokratischen Verknöcherung und des abnehmenden Engagements der Aktivisten aufweist. Dies ist im übrigen schon länger der Fall. Darum sollten wir jetzt nicht in Panik verfallen und vor allem nicht nach Sündenböcken suchen. Keine 'Bewegung' und keine Organisation hält eine Dauermobilisierung über viele Jahre durch. Weil dies so ist, kann ein gewisses Maß an Routine durchaus hilfreich sein. Wir sollten in Ruhe überlegen, wie es mit Netzwerk weitergehen soll, dabei aber mit Schuldzuweisungen und Selbstanklagen sparsam sein, da der Frust ohnehin bei vielen schon groß genug ist und wir es uns nicht leisten können, uns selbst und andere zu demotivieren.
Wir sollten auch die Erwartungen ans Netzwerk nicht zu hoch schrauben. Netzwerk ist kein strategisches Zentrum und will es auch nicht sein. Netzwerk kann einen Beitrag dazu leisten, soziale Experimente zu ermöglichen, die sonst unterblieben wären oder keine Erfolgschance hätten. Darüber hinaus können wir hier und da Hilfe bei politischen Auseinandersetzungen geben. Das ist wenig und zugleich viel.

Johanno Strasser

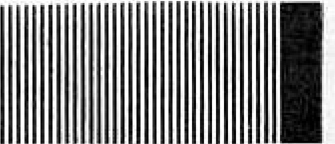
Pro & Contra

Die alternativbewegung (ab) ist ein typ. randgruppenphänomen reicher westl. industrieländer. Sie wird getragen v. mittelschichtigen bevölkerungsgruppen zwischen 20 und 40 jahren. Ursprung: vereinzelung durch zerfall trad. lebensgemeinschaften, psych. verelendung durch mangelhafte soziale versorgung, entfremdung am ausbildungs- und arbeitsplatz wie auch in der freizeit.



die ab. lebt in freiräumen und nischen, die eine wohlstandsgesellschaft sich leisten kann. Dementsprechend ist ihre verbindung zur werktätigen bevölkerung und deren organisationen gering. Materielle anspruchslosigkeit ermöglicht ihnen das experimentieren mit nichtentfremdeten lebens- und arbeitsformen. Bevorzugte bereiche: landwirtschaft, handel, sozialer sektor, handwerk und kultur.

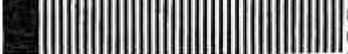
Das soziale engagement und die arbeitsmarktpolit. nützlichkeit (absorbtion v. unzufriedenen potentialen, einbindung v. arbeitslosen und arbeitsscheuen jugendlichen) wird von keiner seite bezweifelt. Man begegnet der ab. mit toleranz u. höflichkeit v. seiten d. regierung.
Dies wiederum birgt die gefahr, daß die ab. ihr parasitäres nischendasein nicht erkennen kann und in falscher einschätzung der größe der bewegung zu der überzeugung gelangt, sie wachse und wirke und würde die gesellsch. in kurzer zeit zum ,,umkippen bringen'' und alle menschen würden dann so leben/leben wollen, wie sie.



In zeiten wirtschaftl. talfahrt jedoch stoßen die illusionen der ab. schnell auf die harte wirklichkeit. Die leute merken, daß ihrer materiellen anspruchslosigkeit und der damit gekoppelten neigung zur selbstausbeutung grenzen gesetzt sind. In ihrem streben nach selbstbestimmter arbeit haben sie es nicht gelernt, sich finanzielle unterstützung zu organisieren, schon gar nicht, sie zu erkämpfen. In bewunderswerter kompromißlosigkeit schnallen sie den Gürtel solange enger.

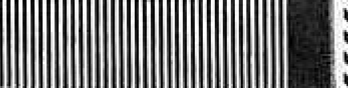


Die alternativbewegung (ab) hat die wirkung einer gesellsch. avantgarde, indem sie machbare utopien auslebt, d.h. im sozialen wie im ökonom. bereich modellhaft arbeits- und lebenszusammenhänge erprobt, die im widerspruch zur kapitalist maxime ,,arbeite und konsumiere'' stehen. Die ab umfaßt menschen jeden alters und aller schichten. Sie zeichnen sich durch kreativität, pfiffigkeit und ausdauer aus und wissen, was sie wollen: gut (über)leben und machtpolit. veränderungen herbeiführen: demokratisierung der besitzverhältnisse, selbstverwaltete betriebe, abbau v. entfremdung und isolation beim wohnen, arbeiten, lernen, lieben, leben und sterben.

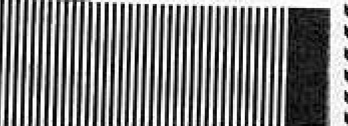


Ihr geschick mit kleinen und größeren kollektiven und gruppen marktlücken zu besetzen, macht das traditionelle unternehmertum neidisch und nachdenklich. Dementsprechend erhalten sie die aufmerksamkeit etablierter experten bei ihrem hartnäckigen einsatz für die entwicklung, herstellung und erprobung von mensch- und umweltfreundl. technologien (vor allem im energiebereich) und produktionsverfahren.

Der papiernen machinerie staatl. sozialer versorgung setzen sie selbsthilfeinitiativen entgegen, die stadtteilkonzentriert und in enger zus. arbeit mit den betroffenen bürgern aufgebaut werden. Der Forderung nach subventionen durch steuergelder wird v. staatl. seite mehr und mehr nachgegeben, weniger aus überzeugung, als auf grund des starken drucks aus der bevölkerung.
In zus. arbeit mit gewerkschaften, betriebsräten, fortschrittl. organisationen und parteien werden von der ab modelle einer alternativen beschäftigungs- und produktionspolitik erarbeitet, die innerhalb der ab im kleinen maßstab bereits erfolgreich erprobt wurden. Insofern gelten sie als ernstzunehmende gesprächspartner für aufgeschlossene vertreter von staat und wirtschaft.



In zeiten wirtschaftlicher talfahrt sind sie unentbehrliche mitstreiter fortschrittlicher gewerkschafts- und betriebsgruppen sowie der krisengeschüttelten bevölkerungsschichten.



bis ihnen die luft wegbleibt.
Sie sterben leise und unauffällig.

hilda k.

Vorschläge für eine Neuordnung der Heiligkeit



1. Förderung: Rückbesinnung auf die NW-Kriterien; d.h. für die Förderung durch NW müssen bei einem Projekt alle Kriterien erfüllt sein, nicht mehr nur 1 oder 2. Besonderer Wert ist auf den Aspekt der „Modellhaftigkeit" zu legen, da offensichtlich ist, daß wir mittelfristig nicht in der Lage sein werden, den vorhandenen Bedarf zu befriedigen u. der Druck der sozialen Projekte durch die entsprechenden Kürzungen durch den Senat zunimmt. (die Alternativen wären eine exakte Berücksichtigung der Mitgliederpräferenzen, was zu nicht bedarfsgerechten Entscheidungen führen würde oder eine stärkere politische Reglementierung (nur wer auch politisch arbeitet, kriegt NW-Geld) was schwer nachprüfbar ist u. im Endeffekt nur zu Lippenbekenntnissen der Antragsteller führen würde)
Da durch diese Regelung die normalen sozialen Selbsthilfegruppen nach dem Senat nun auch von uns stark frustriert würden — und doch i.d.R. die bedürftigsten sind — schlage ich vor, mit diesen Projekten jeweils — politisierend — zum Senat zu gehen (Fink, Laurien) und bei Erfolglosigkeit die AL um eine Anfrage im Abgeordnetenhaus zu bitten (unter Hinweis auf die Antwort des Senats auf die Anfrage zum Alternativen Leben, S. 13, wo steht, daß Selbsthilfegruppen nicht eingehen dürfen, wenn sie die Arbeit besser als die Institutionen leisten können). Dann haben die jedesmal den Ärger im Parlament, was sicher heilsam, zumindest unbequem ist.
Daraus könnten Verhandlungen mit dem Senat folgen in der Richtung, daß er NW die Förderungsmittel für soziale und wirtschaftliche Projekte hinterher zurückzahlt. Dabei bliebe NW in seinen Entscheidungen frei, könnte mit einer entsprechenden Garantie aber plötzlich auch die sozialen Projekte wieder voll fördern. Der Senat hätte den Vorteil, daß er nicht ins Blaue hinein fördern müßte, sondern sich auf die schon gelaufene „sachkundige" Bearbeitung des NW beziehen könnte.
Daß mit einem solchen Verfahren für NW große ideologische Gefahren verbunden sind, ist mir völlig klar. Andererseits müssen wir versuchen — angesichts der laufenden und sich zuspitzenden prokapitalistischen Umverteilungspolitik im Bund und in Berlin — möglichst viel Staatsknete für die Alternativgruppen herüberzuholen.

2. Beirat: Seine Zusammensetzung sollte geändert werden, indem die gezogenen Mitglieder gestrichen werden, also nur noch paritätisch gewählte Mitglieder und Projekte vertreten sind (je 10, mindestens aber je 7). Ein zu kleiner Beirat bringt die Gefahr mit sich, in Mauschelei zu verfallen und auch in der Öffentlichkeit nicht mehr genügend Gewicht zu haben — was heute immer noch — erstaunlicherweise — durch seinen Ruch als eine Art „Alternativ-Parlament" der Fall ist. Es hat z.B. kaum öffentliche Kampagnen gegen Beiratsentscheidungen gegeben, sondern meist nur NW-interne Kritik.

3. Geburtshilfe für neue Projekte und NW-Eigenbetriebe
Die alte Idee der NW-Modellbetriebe, der Projektausschreibung und auch der Geburtshilfe bei der Entstehung neuer wichtiger (Infrastruktur) Projekte sollte in der 2. NW-Phase nun tatsächlich verwirklicht werden. Dazu sind gründliche Voruntersuchungen (alt. Marketing einerseits, Infrastrukturplanung andererseits) und professionelle komplexe Unternehmensberatung wie auch NW-Gelder erforderlich. Ca. 20% der Förderungsmittel sollten dafür pauschal abgezweigt werden. (neue Präferenzspalte?) Eine Entlastung könnte hierbei durch noch einzurichtende Wissenschaftsläden (wo auch Studenten für umsonst Expertisen anfertigen würden) und durch Kooperation mit den Stattwerken u.a. eintreten.
Ein Anfang könnte sowohl das „Hetzwerk" wie auch eine Konsumgenossenschaft sein, die naturbelassene Lebensmittel aus dem Bereich Helmstedt-Lüneburg u.U. importiert und den dortigen Bauernhöfen zugleich einen festen und steigenden Absatz sichert. (Dies wieder ermöglicht den rotativen Ausstieg aus dem smooky Berlin)

4. Politische Offensivität und Förderung dualer Existenzen
NW hat ein Defizit an genuin politischer Arbeit, zumindest Förderung derselben (was unserem Gründungsanspruch aber entspräche). Deshalb schlage ich vor 1.) Mitglieder zu organisieren, die sich aktiv in der AL engagieren 2.) Leuten, die in den Institutionen der „Megamaschine" arbeiten die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitszeit dort zu senken und in Eigenbetrieben oder anderen Projekten mitzuarbeiten.

5. Regionalisierung:
Da unsere Regional-NWe offenbar am entschlummern sind, wir aber nicht pauschal alles, z.T. auch neues Engagement abwürgen und die Regionen wieder einkassieren dürfen, schlage ich — mit Markus — positiv vor, mit den 4-5 größten Regional-NWen intensive beratende Kooperationsbeziehungen zu entwickeln.

C. Wend

Randgruppe oder Avantgarde?

Anders leben, anders arbeiten, die Schaffung von Freiräumen, in denen sich eine andere, nicht entfremdete Lebensweise entfalten kann, alternative gesellschaftliche Entwicklungen modellhaft aufzeigen — das ist nur ein Teil der Ansprüche, unter deren Last die Alternativbewegung manchmal zusammenzubrechen droht. Die Vermutung liegt nahe, aus diesen Ansprüchen eine mögliche gesellschaftliche Avantgardefunktion abzuleiten. Der folgende Aufsatz stellt eben diese Avantgardefunktion zunächst einmal in Frage. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung von sowohl ökonomischen als auch inhaltlichen Kriterien, anhand derer die konkrete Praxis der Alternativbewegung in Hinblick auf eine ökologisch und sozial sinnvolle Veränderung der Gesellschaft untersucht wird.

Schon die Frage, die mir gestellt ist, ob es sich bei den „neuen Unternehmern" oder „neuen Selbständigen" um eine Avantgarde oder um eine Randgruppe handelt, weist über eine bloße Beschreibung des sozialen Phänomens hinaus und fragt nach möglichen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungen, die diese „neuen Selbständigen" — wenn es sich tatsächlich um eine Avantgarde handelt — angesichts der Krise herkömmlichen Wirtschaftswachstums und Fortschrittsdenkens mit allen Folgeproblemen exemplarisch vorwegnimmt oder doch zumindest in Teilen widerspiegelt.

Im Rahmen dieses kleinen Beitrags muß ich mich darauf beschränken, einige ökonomisch-theoretische Kriterien herauszuarbeiten, die es erlauben, die zahllosen „neuen" Unternehmen, Projekte, Selbsthilfegruppen, politischen und sozialen Initiativen, Verbraucher- und Produktionsgenossenschaften etc. in Hinblick auf ihren gesellschaftlichen Avantgardefunktion oder ihr Randgruppendasein zu untersuchen. Im Mittelpunkt steht also die gesellschaftliche Funktion der Projekte, nicht die Spekulation über die Ursache ihres Vorhandenseins.

Das Spektrum „neuer" Projekte reicht vom Autokomplettreinigungsunternehmen, von Bräunungsstudios, Schnellrestaurants, Parkplatzpflege, Dachrinnenreinigung, Discotheken, Alternativtouristikunternehmen, Cafés, Kneipen, Großversandhäusern, die die „Scene" mit Räucherstäbchen, Moschusöl und parfumiertem Tee versorgen, über Handwerkskollektive wie Autowerkstätten, Schreinerei-und Tischlerbetriebe, Lebensmittelgenossenschaften, Landkommunen, die ökologischen Landbau betreiben, medizinisch und sozial orientierten Projekten wie Frauenhäuser, Krankenselbsthilfe- und beratungsinitiativen bis hin zu alternativen Mediengruppen und Projekten, die sich mit der Planung, Herstellung und Installation regenerativer Energietechnologien, Recycling, umweltschonenden Produkten und Produktionsverfahren beschäftigen.

Die Schätzungen über die Zahl „neuer" oder „alternativer" Projekte gehen auseinander, worin zum Ausdruck kommt, sie schwierig es ist, Zuordnungs- und Abgrenzungskriterien zu finden. Huber schätzt, daß es gegenwärtig c. 11.500 „alternative" Projekte in der Bundesrepublik und Westberlin gibt. Winckelvoss, Ithwerth, Trojan schätzen allein die krankheits- und lebensproblembezogenen Selbsthilfezusammenschlüsse in der Bundesrepublik auf 5.000 bis 10.000 Gruppen, um nur einige grobe Anhaltspunkte für die quantitative Bedeutung des in Frage stehenden Phänomens zu geben.

Offenbar sind es vor allem Hochschulabsolventen, die nach dem Studium keine ausbildungsadäquate Stellung finden oder finden wollen, Studienabbrecher, Jugendliche, die nach der Schule oder Lehre keinen (befriedigenden) Arbeitsplatz finden oder unqualifiziert sind, Frauen, die sich neben / bzw. statt wenig befriedigendem Hausfrauendasein „sinnvolle" Betätigungsfelder schaffen oder aber (privilegierte) „Aussteiger", die die Projekte gründen und betreiben. Die meisten Krankheits- und lebensproblembezogenen Zusammenschlüsse werden von den Betroffenen selbst gegründet.

Um Ordnung in die Vielfalt der „alternativen" bzw. „neuen" Projekte zu bringen, scheint es zunächst sinnvoll, nach der ökonomischen Funktion der einzelnen Projekte zu fragen und weniger nach deren Zielsetzungen, Wünschen, Hoffnungen und vermeintlichen oder tatsächlichen sozialen Funktion, die sich erst in einer harten (ökonomischen) Wirklichkeit erweist. Aus ökonomisch-theoretischen Gründen erscheint es mir daher sinnvoll, folgende Unterscheidung zu treffen:

Typ I
Kollektive und individuelle Leistungsproduktion u. Konsumption durch u. innerhalb des Projekts (Selbstversorger)

Typ II
Gegenseitige Erbringung von Leistungen durch Projekte (Tausch)

Typ III
Freiwillige unentgeltliche Leistungserbringung für Dritte (Hilfe)

Typ IV a/b
Leistungserbringung gegen Bezahlung
a) privatwirtschaftlicher Bereich
b) öffentlich-sozialer Bereich

Beispiele für die einzelnen Typen wären z. B. für Typ I eine Behindertenselbsthilfegruppe, die sich trifft, um Probleme zu besprechen, oder eine Landkommune, die sich selbst mit Lebensmitteln versorgt, Typ II wäre die gegenseitige Kinderbetreuung aber auch der Austausch selbst produzierter Lebensmittel, unter Typ III fielen z.B. die Formen der Nachbarschaftshilfe aber auch autonome Frauenhäuser. Die Typen I bis III zeichnen sich also dadurch aus, daß alle Leistungen unabhängig vom Markt erbracht werden; es handelt sich um verschiedene Formen der Selbsthilfe.

Demgegenüber werden beim Typ IV Leistungen nur gegen Bezahlung erbracht, werden also auf dem Markt verkauft. Ob es sich dabei um ein Handwerkskollektiv handelt, das gegen Bezahlung Regale baut oder Wände tapeziert oder um einen Versandhandel, der Wunderkerzen und Haschischpfeifen verkauft, ist ökonomisch betrachtet, zunächst gleichgültig. Auch Dienstleistungen, die gegen Bezahlung erbracht werden, weil Lücken im medizinischen und sozialen Versorgungssystem bestehen, z.B. die Beratung chronisch oder psychisch Kranker, fällt unter diese Kategorie.

Bevor wir uns diesem Typ genauer zuwenden wollen, lassen Sie mich kurz auf die Funktion von Selbsthilfegruppen eingehen. Selbsthilfegruppen, insbesondere soweit sie sich mit sozialen und medizinischen Problemen befassen, lassen sich interpretieren als Relex auf Defizite und Lücken institutionaliserter medizinischer und sozialer Versorgung und den Zerfall traditioneller Lebensgemeinschaften in den westlichen Industrieländern. Ihre gesellschaftliche Funktion, wenn man so will, ihre Avantgardefunktion, besteht vor allem darin, alternative und komplementäre Leistungen zu einem zunehmend bürokratisierten, professionalisierten und unflexiblen sozialen und medizinischen Versorgungssystem zu erbringen und Wege zu weisen, wie der Zerfall traditioneller Familienstrukturen in neuen Modellen des Zusammenlebens, seien es neue Formen der Nachbarschaft, Wohngemeinschaften, Kommunen o. a., aufgefangen werden können.

Nur die wenigsten der Projekte, die präventive Sozialarbeit und Gesundheitsvor-



sorge betreiben, sind allerdings ohne staatliche Subventionen auf die Dauer lebensfähig. In diesem weiten Bereich der Selbsthilfe wird es in Zukunft einerseits darauf ankommen, daß von staatlicher Seite die gesellschaftliche Nützlichkeit dieser Projekte nicht nur anerkannt, sondern auch massiv gefördert wird, was sowohl sozialpolitisch als auch arbeitsmarktpolitisch sinnvoll ist und andererseits darauf, daß diese Selbsthilfegruppen nicht pauschal jegliche öffentliche Kontrolle darüber ablehnen, was mit den Steuergeldern in den Projekten geschieht.
Nur so werden diese Selbsthilfeprojekte längerfristig überleben und ihre wichtige Funktion bei der Erneuerung des Sozialfürsorgesystems und bei der medizinischen Versorgung wahrnehmen können.
Im Gegensatz zu den Selbsthilfegruppe sind „neue Unternehmer" oder „neue Selbständige" im engeren (ökonomischen) Wortsinn, nur diejenigen Projekte, die Güter oder Dienstleistungen auf dem Markt gegen Bezahlung verkaufen, um damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten (Typ IV).
Was nun unterscheidet aber diese „neuen Unternehmen" von vergleichbaren anderen, herkömmlichen Unternehmen? Was unterscheidet die alternative Bäckerei vom normalen Bäcker am Ecke, was das Alternativcafé vom herkömmlichen Café, was den alternativen Versandhandel mit Räucherstäbchen und orientalischem Parfum vom normalen Orientimportunternehmen?
Sicherlich, teilweise werden andere Produkte angeboten, eine andere Käuferschicht angesprochen, aber daß es in einer Marktwirtschaft Marktlücken gibt, neue Produkte erfunden oder importiert werden, ist normal, ein dem marktwirtschaftlichen System immanenter Mechanismus.
Es fällt einem also schwer, einen alternativen Bäcker, der Vollkornbrot und Vollweizenplätzchen herstellt, allein deshalb für eine Avantgarde zu halten, weil diese Produkte ganz ohne Zweifel nicht nur besser, sondern auch gesünder sind, als zusammengefallene und zum drittenmal wieder augebackene Schrippen oder zentimeterdick mit Gelantine und Zuckerguß beladene süße Stückchen vom Bäcker am Eck. Eine Avantgarde in der Zunft der ten in der Bundesrepublik gibt es, die es überhaupt versucht haben und wieviele, die es geschafft haben, solche kollektiven Formen der Regelung ihrer Besitzverhältnisse auszuprobieren bzw. über längere Zeit kontinuierlich durchzuhalten? Skepsis scheint hier zumindest erlaubt.
Neue Modelle der Arbeitsorganisation hängen eng zusammen mit der Regelung der Besitzverhältnisse, können aber auch unabhängig davon Möglichkeiten einer flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit und humaner Arbeitsplatzgestaltung aufzuzeigen. Selbstverwaltung, kollektiver Formen des Managements, Beseitigung monotoner Arbeit durch die Verrichtung verschiedener Tätigkeiten, Verantwortung für das hergestellte Produkt durch Teamarbeit und die Förderung kooperativer Fähigkeiten, um nur einige Ansatzpunkte einer demokratischen, kooperativen Arbeitsorganisation zu nennen, können auch für herkömmliche Kleinbetriebe Hinweise geben für kollegiale Formen der Arbeitersorganisation.
Im Hinblick auf die Übertragbarkeit solcher Modell auf Mittel- und Großbetriebe, können solche kleinbetrieblich erprobten Formen der Arbeitsorganisation allerdings kaum Avantgardefunktion übernehmen, da sich Organisationsprobleme in Mittel- und Großbetrieben in ganz anderem Maßstab stellen. Gegenmodelle zur herkömmlichen hierarchisch-autoritären Arbeitsorganisation müssen hier vermutlich wie bei LIP oder in anderen Form bei Volvo aus dioesen Betrieben selbst kommen.
Die Avantgardefunktion „neuer" Selbständiger bzw. „alternativer Projekte" scheint hier also auf den kleinbetrieblichen Bereich beschränkt zu sein.
Mit Einschränkung das wichtigste Kriterium für die Avantgardefunktion eines „alternativen" Projekts ist es, ob ein Projekt Einfluß darauf nimmt, was produziert werden muß, damit die drängenden Probleme der Industriegesellschaft bewältigt werden: Es geht in erster Linie darum, schöpferisch nach Alternativen zur bestehenden umweltzerstörenden, ressourcen- und energieverschwendenden Produktions- und Konsumstruktur der entwickelten Industriegesellschaft zu suchen und nicht daram, die 110. „Alternativkneipe" und den 55. „Naturkostladen" zu eröffnen, zumal die bereits bestehenden kaum überleben können. Auch Gegenmodelle

Er glaubt, daß künftig eine Tendenz zu einer gewiwssen Dualisierung der Ökonomie möglich sei, in der die „neuen Selbständigen" den Ausgangspunkt für einen Gegenbereich der dezentralen Produktion und Versorgung bilden, der sich vom Berich der zentralisierten Großtechnologie und Bürokratie abhebt. Dabei unterstellt er schließlich, daß eine teilweise Produktions-, Beschäftigungs- und Herrschaftseinrichtung von Staat und kapitalistischer bzw. sozialistischer Industrie möglich sei, durch einen zunächst nur abstrakt und diffus benennbaren Gegenbereich einer Sekundärökonomie.

Was immer Vonderachs Hoffnungen sein mögen, aus dem empirischen Beispielen, auf denen seine Thesen beruhen, vermag man eine Tendenz zu einer sogenannten „Sekundärökonomie", geschweige denn zu einer teilweisen Herrschaftseinschränkung von Staat und kapitalistischer Industrie mit dem besten Willen nicht zu erkennen.
Wenn die von Gershuny am Beispiel Englands gewonnenen Einsichten in die gegenwärtige Struktur der Güter- und Dienstleistungsproduktion und die von ihm festegestellte Tendenz zu einer hochautomatisierten Produktion von Vor- und Zwischenprodukten auf der einen Seite und einer handwerklich dezentralen Endherstellung von Gütern und Dienstleistungen durch die Verbraucher selbst oder durch Kleinbetriebe tatsächlich zutreffen sollte, dann werden zwar bestimmte Arten von — heute kaum zu benennenden — kleinen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen von dieser Entwicklung tendenziell begünstig, sie bleiben aber nach wie vor abhängig von der Vor- und Zwischenprodukten einer hochzentralisierten und automatisierten Produktionsstruktur. Sie sind sozusagen weiterhin das (notwendige) Anhängsel der Großindustrie, darin unterscheiden sie sich in nichts von heutigen Klein- und Mittelbetrieben. Von Machtverlagerung oder gesellschaftlicher Veränderung hin zu demokratisierten Produktionsverhältnissen kann keine Rede sein.

Bäcker sind diese Alternativbäcker gewiß, aber eine gesellschaftliche Avantgarde in dem Sinne, daß sie gesellschaftsverändernden Anspruch und Charakter hätten, sind sie gewiß nicht. Vollkornbrot gibt's mittlerweile schon bei jedem besseren Bäcker am Eck, der an der Gesellschaft wahrscheinlich nur soviel verändern will, daß er nicht jeden Morgen um zwei Uhr aufstehen muß.

Als gesellschaftliche Avantgarde verstehe ich im Falle von „neuen“ Unternehmen nur solche Projekte, die sich nicht nur beschränken auf das Aufspüren von Marktlücken und die Produktinnovation schlechthin, sondern die folgenden Kriterien zumindest teilweise erfüllen:

– Entwicklung neuer Modelle zur Regelung der Besitzverhältnisse, die das Verhältnis Eigentümer / Lohnabhängiger aufheben.

– Entwicklung neuer kollegialer / kooperativer Modelle der Arbeitsorganisation und der flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit.

– Planung, Herstellung oder Vertrieb, nicht nur von gesellschaftlich nützlichen Produkten und Dienstleistungen im weiteren Sinne, sondern im engeren Sinn solcher Technologien und Produktionsverfahren, die ökologisch und sozial angepaßt sind (mittlere Technologien).

Betriebe, die durch die Neutralisierung des Betriebsvermögens die gleichberechtigte Verfügung über die Produktionsmittel einführen, d. h. im Idealfall keinerlei Anspruch auf Eigentum stellen, sondern treuhänderisch die Kontinuität des Betriebes oder Projekts wahre, was z.B. in Form einer Kooperative, einer Stiftung, Genossenschaft oder eine Aktionsgesellschaft mit entsprechenden Statuten geschehen kann, unterscheidet sich wesentlich von herkömmlichen Betrieben. Indem sie exemplarisch Modelle einer Demokratisierung der Besitzverhältnisse und der Arbeiterselbstverwaltung schaffen, wie dies bei der Schweizer Firma Jura Watch oder bei LIP in Frankreich gechah, sind solche Betriebe tatsächlich eine Vorhut auf dem Weg zur Schaffung gerechterer Besitzverhältnisse.

Nur die Frage sei hier erlaubt und sie ist nicht nur rhetorisch gemeint, wieviele unter den rd. 12.000 „alternativen“ Projek-

zur großtechnischen Manipulatioon der Menschen durch Massenmedien und zur wahrscheinlich gewordenen genetischen Manipulation und Überwachung des Lebens überhaupt, können für sich Avantgardefunktion beanspruchen.

Unternehmen und alternative Projekte, die in diesen Bereichen arbeiten und nach alternativen Lösungsmöglichkeiten suchen, wie die Belegschaft des britischen Luftfahrtunternehmens „Lucas Aerospace“, die zahlreichen alternativen Projekte und Betriebe, die sich mit der Entwicklung regenerativer Energietechnologien, mit Recycling, umweltschonenden Produktionsverfahren und Produktion beschäftigen oder alternative Medien betreiben, sind im vollen Wortsinn eine Avantgarde, die gegen z. T. erhebliche Widerstände neue Wege gesellschaftlicher Entwicklung aufzeigen.

Ein normales Kleinunternehmen, das sich mit der Entwicklung und Herstellung von Solarkollektoren oder gasbetriebenen Wärme pumpen beschäftigt, erfüllt wahrscheinlich eher eine gesellschaftliche Avantgardefunktion als Teestuben und „Alternativtouristikunternehmen“. Projekte, die sich mit der Planung und Herstellung mittlerer oder angepaßter Technologie befassen, haben auch am ehesten Aussicht, in die traditionelle Organisation der Arbeiterbewegung hineinzuwirken, wenn und indem sie zeigen, wie alternative Technologien und Produktionsstrukturen mehr, bessere und stabilere Arbeitsplätze schaffen können.

Welche Perspektiven ergeben sich nun aus dem hier und schlaglichtartig ausgeleuchteten Phänomen „neuer Unternehmer“, „neuer Selbstständiger“ oder „alternativer Projekte“ für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung, welche Bedeutung erhalten sie für die Gestaltung der Produktions- Lebensverhältnisse?

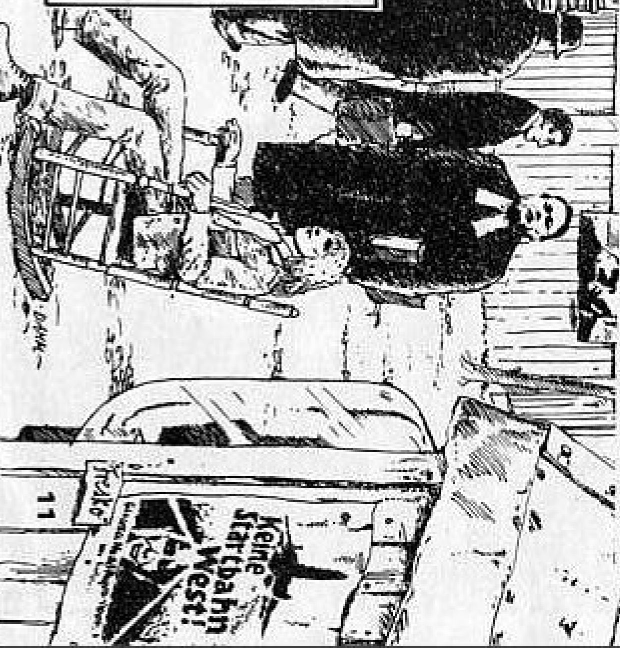
Vonderach kommt in seinem Aufsatz zu der Einschätzung, daß es sich bei dem Phänomen der „neuen Selbständigkeit“, wie er es nennt, um eine neue Art von Selbständigkeit handelt, „vor dem Hintergrund des Umbruchs der industriellen zur nachindustriellen Gesellschaft innerhalb noch weitgehend von kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten bestimmter – wenn auch politisch gestalteter – Strukturen.

Die „neuen Selbstständigen“, auf die sich Vonderach bezieht, erfüllen die hier formulierten Kriterien einer gesellschaftlichen Avantgarde entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt. Mindestens vier seiner Beispiele sind normale Kleinbetriebe, die sich in nichts unterscheiden von vergleichbaren herkömmlichen Unternehmen. Demgegenüber können Betriebe, ob man sie nun „alternativ“ nennt oder nicht, die die genannten Kriterien: Neutralisierung des Kapitals, solidarische Formen der Arbeitsorganisation, insbesondere aber Konzentration auf alternative technologische Entwicklungen zumindest teilweise erfüllen, mit gutem Gewissen als eine gesellschaftliche Avantgarde begreifen.

Wenn sie in den genannten Bereichen exemplarisches leisten, können sie Teilziele der großen Volksparteien verändern und einwirken auf die traditionellen Organisationen der Arbeitergewegung, ohne die eine gesellschaftliche Veränderung nach wie vor undenkbar ist. In einem lesenswerten Aufsatz über die amerikanische Alternativbewegung der 60er und 70er Jahre zieht Davil Moberg das Résumée: „Im Gegensatz zu den schönsten Hoffnungen haben sich die Alternativsituationen nicht rasch zu einer beginnenden alternativewn Gesellschaft entwickelt und ebensowenig über die starke Wirkungen auf das normale System aus. Dennoch waren sie kein Fehlschlag. Alternative Erfahrungen bereicherten die Tradition der Linken und trugen bei zu Zukunftsvisionen – der klassischen, vernachlässigten Aufgabe, einen echten Sozialismus zu schaffen.“

Ob die „Alternativbewegung“ in Deutschland ein Fehlschlag oder wegweisend ist für eine sozial und ökologisch sinnvolle Gestaltung der Gesellschaft, wird sich daran erweisen, inwieweit es ihr gelingt, so in die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik hineinzuwirken, daß sie sich von der mehr oder weniger ausschließlich konsumorientierten Besitzstandswahrnehmungsbürokratie weiterentwickelt zu einer Bewegung, die „der Zerstörung der Kultur des einzelnen durch die Konsumgesellschaft“ machbare Utopien entgegensetzt.

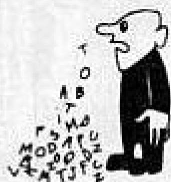
Hans E. Maier



Sturm im Wasserglas

Als erste „regierungsoffizielle Stellungnahme und Bewertung der Alternativbewegung" verkaufte Ende Januar Ulf Fink, Senator für Gesundheit und Soziales, auf einer Pressekonferenz seine Antwort auf eine große Anfrage seiner Fraktion im Abgeordnetenhaus. Mit 39 Millionen DM Förderung für Projekte im sozialen Bereich — der Betrag hat sich inzwischen in einer detaillierten Aufschlüsselung auf 52 Millionen erhöht — wurde in dem 20 Seiten starken Papier die vorgebliche Kooperationsbereitschaft des Senats belegt und wiederum die Wertverwandtschaft mit den „Gutwilligen" beschworen.
Mit den „Bösen" wollte der Senator allerdings ncihts zu tun haben. „In dem Maße, in dem es uns gelingt", hieß es in dem Papier, „die positiven Ideen der Alternativbewegung konstruktiv für unsere Politik sichtbar zu machen, wird es uns auch gelingen, den kriminellen Teil, der diese Bewegung pervertiert, zu isolieren und so das Gewaltproblem in unserer Stadt zu lösen." Ein geeigneter Ansprechpartner in dieser „Teile und Herrsche"-Strategie schien dem Senator dabei das Netzwerk zu sein, zu dem bereits sachliche Kontakte bestünden.
Dieser Wunsch konnte leicht in Erfüllung gehen, am 7. Februar besuchten fünf Netzwerker und drei Leute aus dem Gesundheitsladen die Amtsstuben an der Urania. Trotz Apollinaris und Orangensaft kam sehr bald Langeweile auf, man redete aneinander vorbei. Wo sich die Besucher strikt gegen die Spaltung in Mollies und Müslis verwehrten, erließ sich der Senator in ausführliche Abhandlung über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Wo konkrete Zahlen gefordert wurden, konterten die Beamten mit Verweisen auf den Willen, „den bürokratischen Dschungel zu entkernen". Nett war's, aber witzlos.
Endgültig auf den Boden der Tatsachen zurück holte schließlich die Liste, in der die verschiedenen Senatsdienststellen die Vergabe der 52 Millionen offenlegte. Es werden durchweg Projekte gefördert, deren Wichtigkeit nicht angezweifelt werden kann, seien es nun die Frauenhäuser, die 1982 über 1,2 Millionen erhalten oder diverse Jugendwohngemeinschaften, die ein gehöriges Stück vom Kuchen abkriegen. Zu ersehen ist allerdings auch, daß lediglich ein offener, nicht projektgebundener Betrag von 2,3 Millionen zur Verfügung steht. Von der Förderung von politischen Initiativen oder alternativen Produktionskollektiven kann nicht die Rede sein.

Jo.



Gemeinsame Stellungnahme AL und Netzwerk

1. Die insgesamt positive Einschätzung alternativer Gruppen durch den Senat zeigt, daß selbst ein CDU-Senat die alternative Bewegung heute als eine gesellschaftliche Kraft anerkennen muß. Gleichzeitig wird jedoch deutlich, daß der Senat bemüht ist, die Bewegung zu spalten, in einen Teil, der für den Staat kostengünstig sozialarbeiterische Aufgaben übernimmt und sich scheinbar gut in das CDU-Sparprogramm einfügt, und einen anderen Teil, der auf politische Konsequenzen drängt, und den man gerne in die kriminelle Ecke schieben möchte.
Wir halten es insbesondere für falsch, die Instandbesetzer von dieser Bewegung auszunehmen. Wenn der Senat schon richtig erkennt, daß Markt- und Staatsversagen, insbesondere das Scheitern der sozialliberalen Reformpolitik, die wesentlichen Ursachen für die Entstehung der Alternaivbewegung darstellen, ist nicht einzusehen, warum diese Analyse nicht auf die verfehlte Wohnungspolitik und das sich u.a. daraus ergebende Produkt Hausbesetzungen angewandt wird.
Instandbesetzer leisten Selbsthilfe bei der lebensnotwendigen Wohnraumbeschaffung wie andere Gruppen bei sozialen Dienstleistungen oder Arbeitsplatzbeschaffung. Wir werden sie nicht im Räumungs-und Knüppelregen stehen lassen. Der Senat wäre gut beraten, Maßnahmen gegen den gesetzwidrigen Leerstand von Wohnraum und für die Legalisierung der Instandbesetzungen zu ergreifen, anstatt nach Opfern seiner unbeweglichen Wohnungspolitik Ausschau zu halten.
2. Zum Subsidiaritätsprinzip und der Absage an gesamtgesellschaftliche Veränderungen durch die Alternativgruppen bemerken wir folgendes: Die angebliche Übereinstimmung mit der CDU hinsichtlich des Subsidiaritätsprinzips besteht bei Alternativgruppen nur hinsichtlich des Vorrangs für kleine, überschaubare Organisationseinheiten, nicht aber im Hinblick auf die Werte und Inhalte, die den Lebens- und Arbeitsprozeß bestimmen sollen. Im unüberbrückbaren Gegensatz zu alternativen Vorstellungen setzt die CDU auf wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis, Gewinnstreben und Konkurrenz als Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung. Dort, wo die alternative Bewegung sich politisch artikuliert, hat sie noch immer die CDU zum Gegner gehabt (Umweltschutz, Kernenergie, Stadtentwicklung, Jugendzentren usw.)
Während die CDU auf ein konservativabendländisches Normensystem setzt (Monopol der Kleinfamilie, Unterpreviligierung der Frau, Inhalte der katholischen Soziallehre), bezieht sich die Alternativbewegung ganz überwiegend auf selbstverwaltungs-sozialistische Vorstellungen. Im Unterschied zur Studentenbewegung bemühen sich Alternativgruppen positiverweise darum, ihre Vorstellungen in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft modellhaft zu verwirklichen. Sie haben aber der Gesellschaftsveränderung nicht abgeschworen. Dies wird auch daran deutlich, daß sie zu einem sehr großen Teil an politischen Demonstrationen und Aktivitäten teilnehmen.
3. Die Alternative Liste repräsentiert nicht die Alternativbewegung, noch hat sie je diesen Anspruch erhoben. Sie ist jedoch diejenigen politische Organisation, die in ihren Zielen weitestgehende Übereinstimmung mit den Forderungen alternativer Gruppen aufweist, und die in ihrem Politikverständnis (Basisdemokratie, imperatives Mandat, Rotationsprinzip) die Kritik der alternativen Bewegung an Formen etablierter Politik aufgenommen hat.
4. Zum 39 Millionen-Förderungsprogramm ist eine detaillierte Stellungnahme noch nicht möglich, da der Senat noch keine Aufstellung der 1981 geförderten Projekte und der sich 1982 ergebenden Veränderungen erarbeitet hat.
Grundsätzlich ist jedoch folgendes anzumerken: Es grenzt sehr stark an Effekthascherei, bereits im Haushalt festgelegte (noch dazu von einem sozialliberalen Senat) Förderungsmittel nun als CDU-Politik zu verkaufen und dabei so viele Institutionen (die sich selbst gar nicht als Alternativgruppen bezeichenen würden) einzubeziehen, bis die Summe einigermaßen beeindruckend wirkt. Unredlich ist es, bei der Verkündung des Förderungsprogramms den Eindruck zu erwecken, als seien die 39 Millionen in diesem Jahr neu zu vergeben.
Dem Senat sollte klar sein, daß die kurzfristige Verblüffung, die er durch die Bekanntgabe des 39 Millionen-Programms im Alternativbereich bewirkt hat, bitterer Enttäuschung weichen wird, wenn all jene Gruppen weiterhin umsonst oder stark unterbezahlt arbeiten müssen, die von bisheriger Förderung ausgeschlossen waren.
Positiv ist die Feststellung des Senats, daß alle Alternativgruppen, die ihre Aufgabe besser als die großen Institutionen des Staates und der Freien Träger der Wohlfahrtspflege durchführen können, vom Staat gefördert werden müssen.
Wenn dies kein Scherz sein soll (das wäre dann ein sehr schlechter) müßte aber nun der Senat in Anknüpfung an die Arbeit der AG "Staatsknete" die Projekte auffordern, ihren Bedarf anzumelden, damit die Förderungsmittel bereitsgestellte werden können und die Verhandlungen hinsichtlich der notwendigen Autonomie der Projekte geführt werden können.
Wir werden die ÄAlternativgruppen-Förderungspolitik des Senats an Taten messen, nicht an Bekenntnissen.

AL und NW

2 Beiratssitzungen waren vonnöten, um zu einer Entscheidung über den von Courage gestellten Antrag in Höhe von 70.800,- DM (54.000 Darlehen, 16.800 Zuschuß) zu gelangen.
Die 1. Beiratssitzung fand am 28.1.82 statt. 18 Beiräte und zahlreiches Publikum waren anwesend; die Stimmung während der vierstündigen Diskussion war, wen wundert's, spannungsgeladen. Zwei Positionen standen einander gegenüber: die einen wollten den vorliegenden Antrag unter ausschließlich wirtschaftlichen Aspekten diskutieren (wo kommen die Schulden her, warum ist die Auflage sinkend, welche Rolle spielt der Kioskvertrieb usw.); den anderen ging es auch um eine inhaltliche Auseinandersetzung (welchen Stellenwert hat die Courage innerhalb der Frauenbewegung, warum wird sie von zusehends weniger Frauen gelesen, wie ist die gleichzeitige Kündigung von 6 Frauen zustande gekommen und was sagt das über die innerbetrieblichen Strukturen der Courage aus? usw.). Das Netzwerk-Prinzip, keine Schulden zu übernehmen, kam zwar zur Sprache, spielte aber zum Glück keine große Rolle, da sich mehr oder weniger alle darüber einig waren, daß das Netzwerk noch nicht bürokratisch genug ist, um die Ausnahme von der Regel nicht zulassen zu können. Vielen Beiratsmitgliedern schien die beantragte Summe zu hoch. Die 70.800,- DM betragen ungefähr 1/5 der Gesamtsumme (circa 350.000 DM), die 1982 an Projekte vergeben werden kann.

Konfliktbeladen

Mehrere Beiratsmitglieder brachten den jetzt schon seit mehr als einem Jahr schwelenden Konflikt ,,Courage contra Netzwerk'' in die Diskussion ein und waren immerhin ehrlich genug, um zugeben zu können, von dem Verhalten der Courage gegenüber Netzwerk negativ beeinflußt zu sein. Dem wurde entgegengehalten, daß das Netzwerk dem Opportunismus Tür und Tor öffnet, wenn das Wohlverhalten eines Projektes zum Kriterium bei der Geldvergabe wird. Dieser Einwand, bzw. der damit verbundene Anspruch ist zunächst sicher richtig, die Frage ist nur, woher kommen die 19 immer sachlich bleibenden, immer objektiv denkenden, von ihren Erfahrungen und Gefühlen abstrahierenden Beiräte? Aus der Retorte? Wenn es an diesem Punkt überhaupt etwas in Frage zu stellen galt, so waren es meiner Meinung nach nicht einzelne Beiratsmitglieder, sondern der Beirat als solcheer, d.h. seine Funktion als Geldhalter und Geldverteiler.

Die Diskussion endete mit dem Beschluß des Beirates, die Entscheidung zu vertagen. Die Bitte der Courage, zumindest über den Zuschuß in Höhe von 16.800 DM abzustimmen, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß eine Förderung wirtschaftlich nur dann erfolgversprechend wäre, wenn die Courage tatsächlich eine größere Finanzspritze erhalte. Deshalb sei es sinnlos, der Courage auf dieser Sitzung den Zuschuß zu bewilligen und auf der nächsten Sitzung das Darlehen u.U. abzulehnen. Ein Beitrag in der Größenordnung von 16.800 DM könnte nichts Grundlegendes an der finanziellen Misere der Courage ändern.

Zweite Sitzung

AM 18.2.82 fand dann die 2. und letzte Beiratssitzung zum Courage-Antrag statt. 14 Beiräte waren anwesend. Die circa zweistündige Auseinandersetzung brachte nicht viel neues, bis auf ein paar mehr Zahlen, mit denen jongliert werden konnte, und der Tatsache, daß sich das beantragte Darlehen um 10.000 DM verringerte, da dieser Betrag durch eine Anleiheaktion mittlerweile bei der Courage eingegangen war. Kurz vor der Abstimmung wurde der Courage noch der Vorschlag gemacht, ein groß angelegtes Solidaritätsfest, z.B. in der Deutschlandhalle, zu veranstalten. Der Erlös wäre dann ihrer Zeitung zugute gekommen, das finanzielle Risiko (die Miete für die Deutschlandhallte beträgt alles inclusive 20.000 DM) hätte Netzwerk übernehmen können. Ein Vorschlag, der konstruktiv hätte sein können, wenn das Klima, das den Verlauf der beiden Sitzungen bestimmte, nicht dem Gefrierpunkt so gefährlich nahe gewesen wäre.



Die Abstimmung des Antrags brachte folgendes Ergebnis:
7 Beiratsmitglieder (4 Frauen und 3 Männer) stimmten gegen den Antrag;
7 Beiratmitglieder (2 Frauen und 5 Männer) stimmten für den Antrag.
Die für eine Förderung notwendige Zweidrittelmehrheit war nicht erreicht; damit war der Antrag abgelehnt.

Frauennetz?

Fazit: Die Entscheidung des Beirats, den Antrag der Courage abzulehnen, hat schon die ersten Wellen der Empörung auf dem sonst oft trügerisch glatten Alternativ-Tümpel ausgelöst. (Vgl. TAZ-Frauenmagazin vom 23.2. und NEUE vom 25.2.) Die Reaktion der Netzwerk-Mitglieder wird ebenfalls nicht ausbleiben. Ob sie diese Entscheidung mittragen oder ihre Kritik daran durch ihren Austritt zum Ausdruck bringen, wird sich spätestens dann zeigen, wenn die Courage und andere Frauenprojekte den Versuch machen, ein eigenes Frauennetzwerk auf die Beine zu stellen. Wie die Frauen dann mit ihrem Netzwerk umgehen, bleibt abzuwarten. Mit Sicherheit werden auch dort ähnliche Schwierigkeiten, z.B. bei der Entscheidung ob und wann ein Projekt förderungswürdig ist oder nicht, auftauchen. Vielleicht schaffen's dann die gemeinsamen Schwierigkeiten, was die unterschiedlichen politischen Erfahrungen verhindert haben: anders miteinander umzugehen.

Sabine

6.000 zahlende Karteileichen contra 35.000

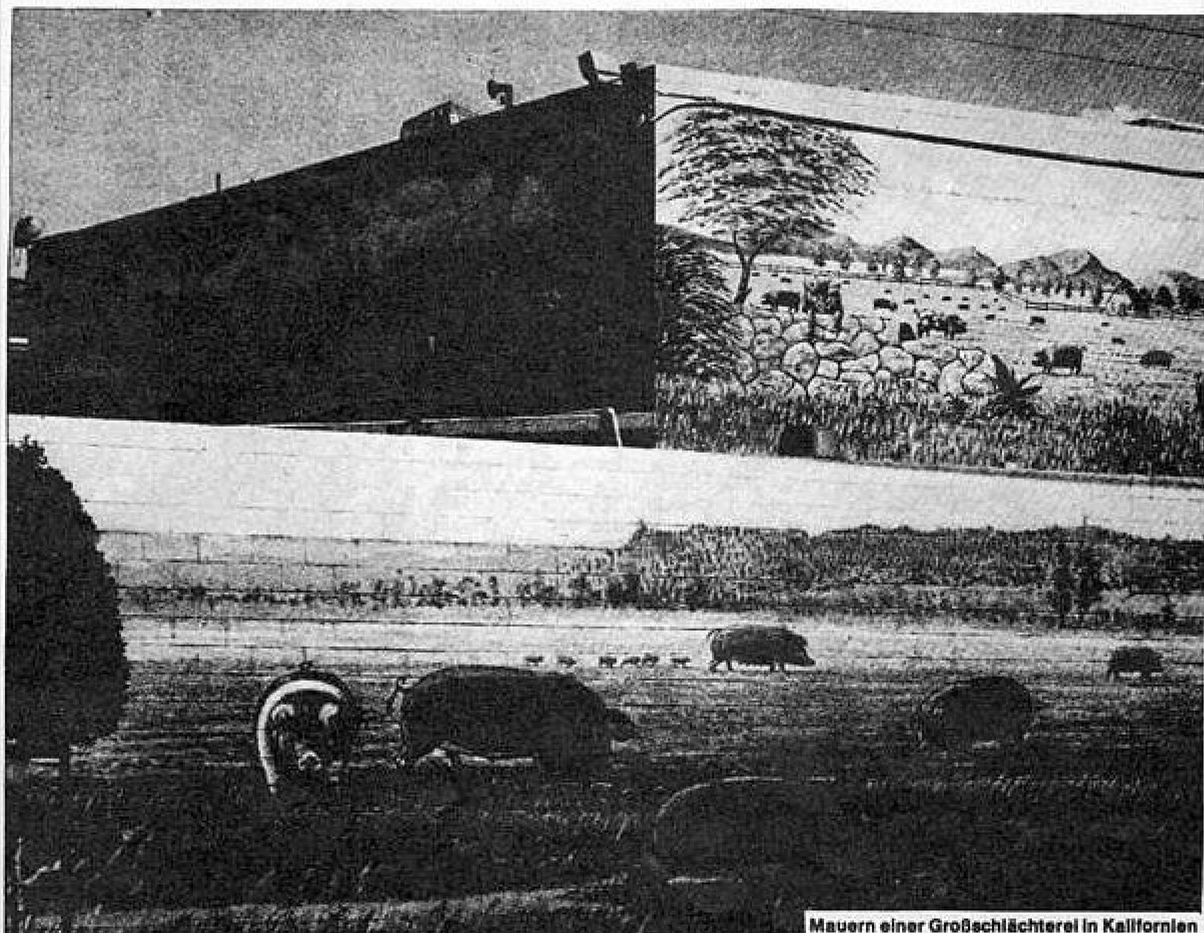
Neue Runde in der Schlammschlacht

„Wer das Geld hat, hat die Macht", wer an Geld kommen will, versucht dieses am besten mit der Politik der Macht. Die TAZ ist sicherlich schlecht beraten, denjenigen in den Rücken zu fallen, die sich gegen ein solches Politikverständnis zur Wehr setzen.

Der Unmut vieler Netzwerker/innen rührt von der äußerst dubiosen Rolle der Courage beim ersten Versuch, einen autonomen Netzwerk-Frauenbeirat zu installieren. In alter K-Gruppenmanier versuchte die Courage im Frühsommer 1981 die Mitgliedervollversammlung zu majorisieren, indem am Tag der Versammlung und kurz zuvor mehrere Courageanhängerinnen dem Netzwerk mit einem monatlichen Mindestbeitrag von DM 5,- beitraten.

Nachdem die Couragefrauen die Mitgliedervollversammlung nicht von ihrem Wunsch nach einem autonomen Frauenbeirat, mit dem Recht über 32% des gesamten Netzwerktopfes zu verfügen, überzeugen konnten (Selbst die Mehrheit der, so die Couragevertreterinnen, "von ihren Kollegen, Männern und Freunden beeinflußten und vereinahmten Netzwerkfrauen" sprachen sich gegen das Couragebegehren aus), vergaben sie durch einen "Geschäftsordnungstrick" die Chance, einen autonomen Frauenbeirat mit 17%igem Verfügungsrecht über die Netzwerkgelder einzurichten. Damit war die Courageidee des Frauenbeirats als ein von ihnen beherrschtes Instrument, um an Netzwerkgelder zu kommen, in weite Ferne gerückt, da die anwesenden Mitglieder/innen des Netzwerks auf eine Drittelparität des Frauenbeirats (1/3 gezogene Mitgliederinnen 1/3 gewählte Mitgliederinnen, 1/3 gewählte Projekte) beharrten, was aber den Vorstellungen der Courage zuwiderlief.

In einer erzwungenen Urabstimmung



Mauern einer Großschlächterei in Kalifornien

Zwei in der Taz nicht abgedruckte Briefe

stimmten rund 2/3 der sich an der Abstimmung Beteiligten gegen die Einrichtung eines Frauenbeirates.

Es spricht nicht gerade für ein ausgeprägtes Demokratieverständnis der Courage und ihrer Anhängerinnen, wenn diese vor der Urabstimmung in ihrer Novembernummer ihre Leserinnen zum Eintritt ins Netzwerk auffordern, um die Abstimmung entsprechend zu beeinflußen, nach der Abstimmungsniederlage im Januarheft aber wieder zum Austritt und zur Gründung eines eigenen Frauennetzwerkes aufrufen. Ist dieses als eine Aufforderung zur Spaltung des Netzwerkes zu verstehen?

Ist es angesichts dieser ausgeprägten Machtpolitik der Courage verwunderlich, wenn es für viele Beratsmitglieder/innen, jetzt, wo die Courage 70000,- DM vom Netzwerk fordert, schwierig ist, unvoreingenommen über den Courageantrag zu entscheiden?

Wenn die Courage von ihrer 58000er Auflage nur max. 45 — 50% verkauft, also ca. 30000 Hefte für den Reißwolf produziert werden, dann wird für viele Netzwerker/innen uneinsichtig, warum dieser Ausschuß, bzw. die dadurch entstandenen Schulden von Netzwerk finanziert werden sollen (Netzwerkkriterium: Es werden keine Schulden finanziert). Wäre es da nicht vernünftiger: eine mehr nach Marktgesetzen orientierte Verkaufs- und Vertriebsanalyse zu erstellen, um dadurch eine realistische Auflagenhöhe zu erreichen?

Ist es nicht Beweis genug für die verkrusteten, d.h. phantasielosen Strukturen der Courage, wenn ausgerechnet die Netzwerkmacker den "Voramazoninnen" vorschlagen, wie sie zur Selbsthilfe greifen könnten? Immerhin waren die Anregungen zur Gründung einer Abschreibungsgesellschaft, einer Anleihe, der Direktförderung über den Netzwerkrundbrief oder eines Frauenfestes Anregung der Männer, die bei der TAZ im Verdacht stehen, "daß sie über diesen Courageantrag ihr persönliches Hühnchen mit der Frauenbewegung rupfen wollten oder ihre Frustration und Enttäuschung mit Frauen auf diese Art loszuwerden trachteten" (TAZ 2.2.82)

Auch wir als Mitglieder der Projektbearbeitungsgruppe des Netzwerkes sind uns vollkommen darüber im Klaren, daß sich die politischen Ansprüche und die praktische Vergabepolitik des Beirats teilweise widersprechen. Die Beiratspolitik ist selbst im Netzwerk höchst umstritten, und dieses schon lange vor dem Konflikt mit der Courage. Aufgrund dieser und anderer Probleme entschloß sich das Netzwerk zu einer zweimonatigen Förderpause. Die Förderungskriterien und die Vergabepolitik sollen kritisch überprüft werden. Ein weiteres Ziel u.a. ist die neuerliche Standortbestimmung von Netzwerk innerhalb der linken und alternativen Bewegung.

Wie verhält sich die TAZ in diesem Konflikt?

Ihre Berichterstattung ist dadurch gekennzeichnet, daß private Äußerungen einzelner Netzwerkmitglieder/innen als "die Meinung des Netzwerks" dargestellt werden. Hierdurch wird, bewußt oder unbewußt, das Netzwerk diffamiert. Die Netzwerkmehrheit — und damit auch die Netzwerkfrauen — erscheinen in der TAZ als frauenfeindlich (TAZ vom 7.12.81). Die Männermehrheit des Beirats, die nur dann zustande kommt, wenn die Frauenprojekte ihr Mandat nicht wahrnehmen, hätte bislang „fast nie" ein Frauenprojekt verhindert.

Die TAZ (2. 2. 82) macht es sich leicht: „Politisches Wohlverhalten gegenüber dem Netzwerk mit seinen 6000 zahlenden Karteileichen" rangiere vor allen anderen Kriterien. Hätten die TAZ-Redakteure/innen die "Austrittserklärungen" der sechs ehemaligen Couragefrauen gelesen („Es gibt Chefinnen in der Courage", Heft 1/82), könnten sie vielleicht verstehen, warum sich einige Netzwerker/innen schwer tun, die "festgefahrenen Machtstrukturen" (ebd) der Courage finanziell zu unterstützen, wo sie doch verpflichtet sind, nur solche Projekte zu fördern, bei denen eine "gleichberechtigte Teilnahme und Mitwirkung aller Beteiligten gewährleistet ist" (Netzwerkkriterien). Sollte die TAZ nicht gründlicher recherchieren, ihre polemischen Diffamierungen gegen Netzwerk fortsetzen, befürchten wir, daß das Netzwerk bald über einen Überlebensantrag der TAZ zu entscheiden hat.

Mit säuischen Grüßen Jean-Claude Jokisch, Rudi Kindl, Lothar Schubert

Mit- oder gegeneinander?

Spätestens seit euren beiden Berichten über die Beiratssitzung des Netzwerks zum Courage-Antrag („6.000 zahlende Karteileichen contra 35.000 lesende Frauen" vom 2.2.82) sowie zu Senator Finks Entdeckung einer ins CDU-Sparprogramm passenden Alternativscene wissen TAZ-Leser/innen, was das Netzwerk in Wirklichkeit ist: „Ein kleines, aber einflußreiches Häuflein ... von Aktivisten/innen", das nur darauf wartet, mal wieder ein Frauenprojekt niederzubügeln, um desto leidenschaftlicher die Umarmungsversuche des CDU-Senats zu erwidern.

Ohne auf die Äußerungen einzelner Netzwerkmitglieder am Tag der Courage-Beiratssitzung, etwa zur Einschätzung der gegenwärtigen Frauenbewegung, eingehen zu wollen, sollte die TAZ-Frauenredaktion doch nicht den Eindruck erwecken, als seien diese Äußerungen Ausdruck einer einheitlichen Meinung aller „Netzwerk-Macher/innen".

Statt das „Alternativ-Kartell Netzwerk" (TAZ 4.2.82) auszugrenzen und quasi in die Nähe des schwarzen Gegners zu rücken, sollte gerade die TAZ als Beiratsmitglied im Netzwerk entsprechend ihrer Selbstdarstellung im Stattbuch 2 „Kommunikation mit-organisieren" und nicht verbauen.

Ein guter Ansatz dazu war die Forderung von GiH in ihrem Artikel, das Netzwerk sollte sich mehr Gedanken über politische Wichtigkeit und mögliche Kriterien förderungsbedürftiger Projekte machen. Bliebe nur festzuhalten, daß sie selbst an diesem Abend den Versuch dazu nicht unternommen hat, und daß ihre Kritik an dem „ökonomistischen", auf Zahlen pochenden Gehabe einzelner Beiratsmitglieder gerade auch durch die „Netzwerk-Professionales" geübt wurde.

Eine solidarische Diskussion zu initiieren und zu führen, scheint mir gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt wichtig, da der CDU-Senat die alternativen Modelle der Selbsthilfe und Selbstbestimmung in sein Konzept des „Jeder ist sich selbst der Nächste" eingliedern möchte. Das Dilemma für die „Scene" dürfte wohl niemandem drastischer vor Augen stehen als den Netzwerkern/innen, die im Büro tagtäglich mit notleidenden und anstragstellenden Projekten umgehen müssen.

Die Frage ist also, ob „Rolladen runter" bei jedem offiziellen Annäherungsversuch und die Ausgrenzung aller, die die sich dadurch eröffnenden Möglichkeiten erst einmal prüfen, der richtige Weg ist. Meiner Ansicht nach sollte die ständig steigende Zahl von antragstellenden Projekten (u. a. Courage) und ein immer enger werdender Spielraum bei der Vergabe Überlegungen veranlassen, ob und wie die Staatsknete sinnvoll und ohne Korrumpierung zum Auf- und Ausbau der Alternativökonomie eingesetzt werden könnte. Allzuviel Vertrauen auf die eigene Kraft können sich meines Wissens nach viele Projekte vor allem im sozialen Bereich noch nicht leisten.

Ich fürchte, wenn es nur noch gilt, die reine Lehre aufrechtzuerhalten, betreibt die „Scene" selbst das Geschäft ihres politischen Gegners, der auf die „Selbstheilungskräfte des (kapitalistischen) Marktes" setzt.

Waltraut

Geld und future

ein foto-roman

INGE WAR LINKS.
ZU HAUS WG MIT FUNKTIONIERENDEM PUTZPLAN.
DIE WELT ROCH NACH UMSTURZ.
DIE NO-FUTURE-WELLE HATTE SIE NUR LEICHT GESTREIFT.
AB UND AN ZUR DEMO.

NUR EINES WAR ZIEMLICH BLÖD: ENDE DES MONATS HATTE INGE IMMER NOCH EIN PAAR MARK AUF DER BANK.







CHON
ZENMÄSSIG!

GRAD DA KAM
DER BEKNACKTE CONRAD.



DEM HAT'S INGE
ABER GEGEBEN.



ALSO LEUTE IS DOCH LOGO!
MITGLIED WERDEN BEIM
NETZWERK.
ASTREIN SAG ICH.
NICHT LANGE FACKELN.
LOS HAUT REIN!

INGE INFORMIERTE
SICH GRÜNDLICH...

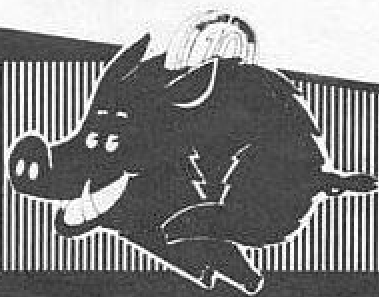
...UNTERSTÜTZUNG VON INITIATIVEN UND PROJEKTEN ...MHH... POLITISCHES HANDELN MUSS OFFENSIVER WERDEN... AH JA... GEGENMODELLE SCHAFFEN...




...DANN STAND IHR ENTSCHLUSS FEST.
OK! GEBONGT! ICH MACH'S.
ICH WERD MITGLIED.


BEI DEN NETZWERKERN WAR DIE FREUDE GROSS.
ECHT WAHNSINN!


DAS WAR EIN GRUND ZUM FEIERN...



Der Untergang der Roten Armee

Oder: Wie organisiert Neckermann die soziale Verteidigung

Vielleicht erinnern Sie sich nicht mehr. Ich jedenfalls, ich hatte in den Tagen des Angriffs der einst glorreichen Roten Armee und der verbündeten Heere des Warschauer Pakts auf die ehemalige Bundesrepublik Deutschland und das ehemals freie West-Berlin die Ehre, den wichtigen Posten einer Telefonistin im Verteidigungsministerium der Bundesrepublik Deutschland zu bekleiden, und nicht nur zu bekleiden, wie ich vonvornherein deutlich machen will. Denn wir in der Telefonzentrale haben unser Bestes zur Verteidigung unseres damals noch geteilten Vaterlandes gegeben und dies, obwohl uns allen in der Telefonzentrale die Anweisungen des damals erst neu ernannten Ministers für Verteidigung Dr. Softer anfangs noch überhaupt nicht einleuchten wollten, wie ich hier offen bekennen muß. — Daß seine wahrhaft revolutionäre Strategie die Roten noch vor Erreichen des Rheins gestoppt hat, wird ja wohl noch nicht in Vergessenheit geraten sein.



Minister Softer

Daß Minister Softer fast alle Generäle und Generalmajore sofort nach seiner Amtsübernahme in den vorzeitigen Ruhestand versetzt hat, soll, wie damals Kritiker von Seiten der Opposition behaupteten, den Angriff der Russen erst herausgefordert haben, war aber wie wir heute wissen, unbedingt erforderlich; es hätte sonst sicher bei der Verteidigung unseres geliebten Vaterlandes wieder einmal zahllose Tote und Verwundete gegeben. So waren, als der Krieg ausbrach, die meisten Stäbe in Heer, Luftwaffe und Marine nicht besetzt oder zumindest war dort niemand, der etwa einen Schießbefehl hätte geben können. Jedenfalls lief die Entwaffnung der Bundeswehr durch das Verteidigungsministerium wie am Schnürchen; niemand widersetzte sich und innerhalb von sechs Stunden waren alle schweren Waffen, alle Starfighter und Phantoms, alle Leoparden und Marder und alle U-Boote und Zerstörer — so weit sie nicht im Indischen Ozean unsere Präsenz verdeutlichten — kampfunfähig und unbrauchbar gemacht. Jedenfalls waren sie in einem Zustand, in dem sie nach menschlichem Ermessen niemand ernstliche Verletzungen mehr zufügen konnten.
Daß sich auch die Armeen der NATO-Partnerstaaten, die damals auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert waren, neutral verhielten, sich der Entwaffnung anschlossen oder sich wie die Franzosen in ihre Heimat absetzten, ist nur zwei äußerst glücklichen Umständen zu verdanken, sonst hätte die internationale Solidarität Deutschland und halb Europa gleich mit womöglich in eine atomare Wüste verwandelt.

Der erste Zufall

Der erste Zufall — oder? — war ein Kurzschluß, oder besser ein Computerkollaps in den Rocky Mountains, der das amerikanische Frühwarnsystem just in der Woche, in der die Rote Armee ihren Angriff auf Mitteleuropa eröffnete, völlig lahmlegte; die wackeren Offiziere in ihrem atombombensicheren Bunker in Colorado waren schließlich durch pausenlose Falschalarmmeldungen ihrer Maschine so genervt, daß sie das gesamte System Anfang Juni kurzentschlossen abschalteten. Denn auch sie waren ehrenwerte Männer, die schließlich wegen eines durchgebrannten Transistors oder Kondensators — ich kenne mich da nicht so aus — die jedenfalls wegen eines defekten Kleinteils nicht ganz Rußland oder noch mehr dem Erdboden gleichmachen wollten. Jedenfalls bekamen sie von dem Einmarsch der Roten Armee in Westeuropa erst einmal gar nichts mit; am nächsten Tag stand es dann in den Zeitungen, aber da war es für die sofortige atomare Vergeltung schon zu spät. — Gottseidank.

Der zweite Zufall

Der zweite Zufall, und das war ganz bestimmt kein Zufall, war eine Party im hessischen Oberursel, zu der sich in der Nacht vor dem Angriff ziemlich spontan Spitzen der westlichen Wirtschaft mit allerlei Anhang, der hier aber ausnahmsweise einmal nicht von besonderem Interesse ist, — außer eben, daß Frau von Berg ihr kleines Töchterchen Viktoria, wie es nachher getauft wurde, in diesen Tagen zur Welt gebracht hatte, was den Anlaß für die Party bot, — jedenfalls hatten sich die wichtigsten Wirtschaftsführer oder wenigstens doch sehr viele, in einer dortigen Villa eingefunden. (Wer abends noch nicht da war, kam dann am nächsten Tag nach.)
Als ich am Morgen gegen vier Uhr anrief, war die Party, zu der man aus Nizza, Nassau (Bahamas) und sonst woher angereist war, noch in vollem Gange, die leitenden Herren aber nicht, wie nachher immer behauptet wurde, stockbesoffen. Zwar wurde die Angriffsnachricht dort mit so lautem Gejohle aufgenommen, daß ich den Kopfhörer abnehmen mußte, was dem Ernst der damaligen Lage wohl überhaupt nicht angemessen war; doch welcher Betrunkene kann nach durchfeierter Nacht noch tagelang voll bzw. nicht voll im Einsatz bleiben, wie es unsere Wirtschaftsführer in jenen Tagen vormachten.

Bankier Müller

Bankier Müller, zu dem ich die Verbindung um 4.02 Uhr herstellte, schien mir zwar anfangs etwas verwirrt, denn er bestellte beim Minister für Verteidigung als erstes eine große Ladung Koks, was angesichts der sommerlichen Temperaturen, die zumindest in Bonn auch am frühen Morgen spürbar waren, nicht von großem Überblick zeugten. Doch im anschließenden Gespräch blieb er sehr sachlich und bestellte auch keine Pelzmäntel und Taschenrechner oder sonstiges, was man beim Einmarsch der Russen damals für nützlich gehalten hätte.
Wir in der Telefonzentrale des Verteidigungsministeriums hatten in jenen Ta-

gen wirklich alle Hände voll zu tun und ich finde, man übertreibt nicht allzuviel, wenn man sagt, wir in der Telefonzentrale haben den halben Krieg eben alleine gewonnen.
Jedenfalls ließen sich die Partygäste in Oberursel gleich nach dem Anruf unseres Ministers mit ihren Studienfreunden in Paris, London und Washington verbinden — wir hatten drei Standleitungen nach Oberursel, denn das Haus des Bankiers verfügte glücklicherweise über reichliche Amtsanschlüsse — und die Gespräche, die die Herren mit ihren Spezies aus alten Tagen führten, liefen fast während des ganzen Krieges über unsere Zentrale: Die Herren erklärten ihren alten Freunden, daß sie die Strategie von Minister Softer unterstützten und daß sie — die Freunde — sich da gefälligst herauszuhalten hätten und nicht unnötiges Porzellan zerschlagen sollten, womit natürlich nicht Geschirr, sondern die Oberfläche von Mitteleuropa gemeint war, welche die Herren in der Lage gewesen wären, zu zerschlagen, wie unser einer eine Tasse aus Mutters Sammelservice. Jedenfalls konnten die Partygäste die Herren Generäle davon überzeugen, daß der Angriff des Warschauer Pakts auf Deutschland sie garnichts anginge, daß das nicht ihr lang vorbereiteter Ernstfall, sondern daß das alles eine rein wirtschaftspolitische Angelegenheit sei, aus der sie — die Herren Generäle — sich gefälligst herauszuhalten hätten, weil sie davon nichts verstünden und die Sache überhaupt zu wichtig und zu ernst sei, als daß man auf sie — wieder die Generäle — hierbei sonderlich Rücksicht nehmen könnte. Es war dann noch die Rede von Milliardeninvestitionen, die es zu schützen und nicht zu zerstören gelte und daß man die Verteidigungsausgaben im nächsten Jahr ganz bestimmt, wie vorgesehen, wieder erhöhen würde und daß auch neue Dienststellen in Nizza und Nassau (Bahamas) geschaffen werden sollten usw. Jedenfalls wurde damals über meine Telefonleitungen schon nach wenigen Minuten ein weltweites Stillhalteabkommen geschlossen, daß, wie ich sicher bin, die Welt vor dem drohenden Untergang bewahrt hat.

Die Gegenoffensive

Nachdem nun die Oberurseler Partygäste ihre Verteidigungsminister beruhigt und in die Atombunker geschickt hatten, machten sie sich sofort an die Organisation der Gegenoffensive.
Eine Woche sofortigen bezahlten Sonderurlaub für alle Beschäftigten von grenznahen Betrieben, vorgezogener Sommerschlußverkauf in allen konzerngebundenen Warenhäusern, Werbewochen in allen Autosalons, Anerkennung des Rubels, der Ostmark, des Forints und aller übrigen Ostwährungen als in Deutschland gültige Zahlungsmittel, sofortige Einstellung Arbeitsloser, serbischer Gastarbeiter, um alle Werbeaufschrifften auch in Kyrillischer Schrift rechtzeitig zum Einmarsch der Russen in den Innenstädten bereit zu haben, Preissenkungen bei Benzin, Farbfernsehern, Möbeln und fast allen Produkten, sowie Schnellkurse für Manager in Russisch und Sächsisch waren nur einige Maßnahmen, die noch am gleichen Morgen geplant und organisiert wurden.
Während auf Seiten der Wirtschaft — wie auch nicht anders zu erwarten, — die Gegenoffensive zügig anrollte, drohte sie auf staatlicher Seite am anfänglichen Widerstand der unionsregierten Bundesländer zu scheitern. Erst nach Intervention der Oberurseler Runde, die sich kurzfristig auf Drängen meines Ministers mit den Länderkultusministerien



verbinden ließ, konnte dann schließlich gegen 10 Uhr die sofortige Ausrufung der Sommerferien in allen Bundesländern gleichzeitig und gemeinsam beschlossen werden.

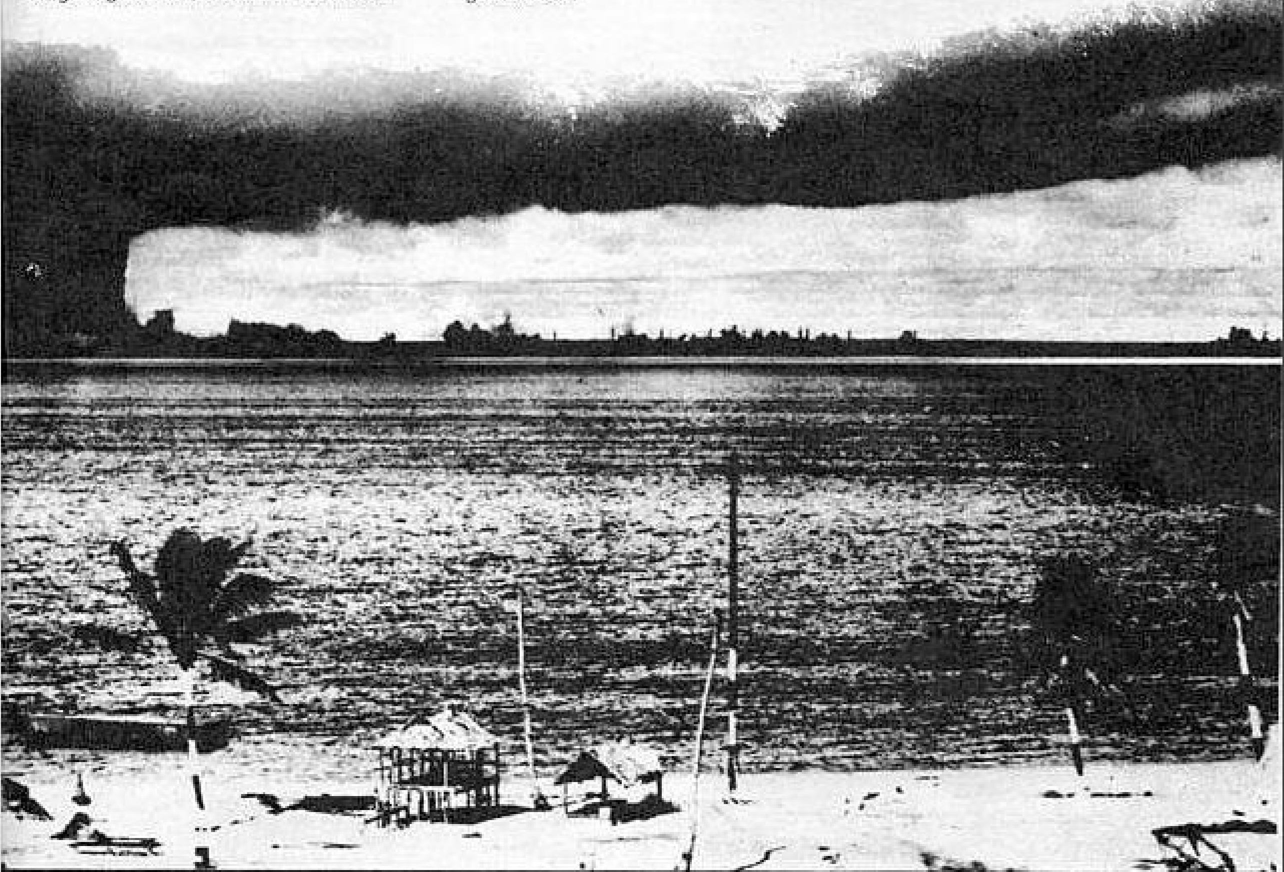
Verheerende Wirkung

Diese, neben der Entwaffnung wichtigste Verteidigungsmaßnahme von staatlicher Seite, zeigt dann auch noch am gleichen Nachmittag Wirkung: Die feindlichen Angriffskeile der 5. und 7. sibirischen Panzerarmee wurden noch am Hannover Kreuz durch sofort in Marsch gesetzte Wohnwagenkolonnen gestoppt. Weil der NDR neu ins Angebot aufgenommene, sensationell preiswerte Sonderangebote in den Bayrischen Alpen anpries, während in halbstündig wiederholten Spots über den bayrischen Rundfunk für ungewöhnlich günstige Angebote für Selbstfahrer an der Nordsee geworben wurde, kam es nicht zu den gewohnten Staus in einer Autobahnrichtung, sondern der Schlange von Hamburg nach München stand eine ebenso lange Schlange von München nach Hamburg gegenüber. Weil gleichzeitig die Bundesbahn die Beförderung von Personen einstellte — alle Personenzüge wurden von ihren Lokführern leer nach Frankreich und Belgien gesteuert, nur einer soll nach Prag gefahren sein, wo der arme Mann dann allerdings als Verräter der Arbeiterklasse beschimpft wurde, obwohl er nachweisen konnte, schon seit Jahren Mitglied der DKP gewesen zu sein. — Weil also der öffentliche Fernverkehr und später, da sich die städtischen Betriebe kurzentschlossen anschlossen, auch der Nahverkehr zum Erliegen kam, konnten gegen die 20.000 von Osten anrückenden Kampfpanzer binnen weniger Stunden die tausendfache Überzahl an PKWs auf westlicher Seite mobilisiert werden.
Zwar erreichten die Kampfflugzeuge der Roten ihre Ziele — Abfangjäger der Nato stiegen schließlich erst gar nicht auf — doch da sich diese Angriffe ausschließlich auf militärische Ziele konzentrierten, die mit meiner Hilfe rechtzeitig geräumt, bzw. wie die Stäbe schon seit geraumer Zeit überhaupt nicht mehr besetzt waren, gab es trotz erheblicher Materialschäden, dank des Weitblicks meines Ministers, gottlob keine Toten und Verwundeten. — Daß im ostwestfälischen Augustdorf ein Wächter des dortigen Truppenübungsplatzes beim Fliegerangriff verwundet worden sein soll, ist unrichtig. Wie sich später bei der Bearbeitung seines Rentenantrages herausstellte, hatte er sich selbst beim Reinigen seiner Dienstwaffe ins Bein geschossen.

Das bittere Ende

Daß Piloten der Luftwaffe, denen man die Landung im Westen verbieten wollte, schließlich meuterten, damit drohten, den Kreml und die Krim zu bombadieren, wenn man sie nicht sofort an die Font versetzen würde, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt dürfte sein, daß das ZK der KPDSU schließlich am 4. Kriegstag bei uns im Ministerium anrief und anbot, den gesamten Osteuropäischen und Nordasiatischen Markt gegen eine fünfprozentige Gewinnbeteiligung kampflos zu übergeben. Mein Minister bekannte, daß er keine Vollmacht bei so weitreichenden Entscheidungen hätte, und nach Rücksprache mit dem Oberurseler Kreis bot er eine Pension nach A 15 für alle an, was nach kurzer Beratung und nach einem kurzen Telefongespräch mit dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes dann sofort angenommen wurde.

(aus „Humus") R.Pott



Neuanträge

„Panke-Hallen-Wedding"
Das Projekt benötigt Mittel in noch nicht bekannter Höhe für den Aus- und Umbau eines alten Gewerbehofes an der Panke (Wedding). Die Hallen befinden sich im städtischen Eigentum. In den Hallen soll installiert werden u. a.: ein Frauenprojekt (Malen-Gestalten-Experimentieren; Yoga; Kinderbetreuung...), ein Jugendatelier und -treff (mit jugendlichen Strafgefangenen und für Jugendliche aus dem Kiez), ein Kommunales Kino und ein Museum für Stadtgeschichte. Außerdem; Bürgerbüro, Café-Kneipe-Restaurant, div. Werkstätten, Wohneinheiten für WGs und, und, und.

Kimuze Berlin
Das Kimuze ist ein Kindermusik- und Musiktherapie-Zentrum, das von einem gemeinnützigen Verein betrieben wird. Das Projekt möchte ein Darlehen oder Zuschuß von DM 18.000 für Einrichtungs- und Umbauten haben.

Autonomes Kinder- und Jugendzentrum
Antrag auf einen einmaligen Zuschuß (eventuell Darlehen) für die Nutzbarmachung ihrer Räume in maximaler Höhe von DM 5.000.

Verein Kiezleben in Gründung
Diese Gruppe möchte einen Zuschuß oder Darlehen in unbekannter Höhe, um ein Lokal in der Nähe des Nollendorfplatzes zu eröffnen. In dem Lokal „Kiezküche" sollen 10 Leute arbeiten, unter anderem geistig Behinderte. Der Verein will den Zusammenhang von Kiezprojekten stärken.

GegenBILDstelle
Die GegenBILDstelle beantrag 23.330,- DM als Zuschuß für eine Wanderaussstellung. In Zusammenarbeit mit Günter Wallraff und der Elefantenpress-Galerie soll anknüpfend an die Anti-Springer-Kampagne die Ausstellung „Bildstörung" neue Impulse geben, sich mit der Pressekonzentration im allg. und der Springerberichterstattung im besonderen kritisch beschäftigen. Die für den Herbst geplante „Bildstörung" soll unter Beteiligung vieler Initiativgruppen mit einem Rahmenprogramm und Aktionen aller Art stattfinden. Sie ist ohne NW-Hilfe nicht realisierbar.

Knastmusikgruppe JVA Tegel
Der im November 81 eingegangene Antrag einer Knastmusikgruppe aus der JVA Tegel beantragte einen einmaligen Zuschuß von DM 1.500 für den Kauf von noch fehlenden Musikinstrumenten. Der Beirat bewilligte den Antrag mit der Auflage, daß die von NW-Geldern gekauften Instrumente als unbefristete Leihgabe zu betrachten sind, bzw. später für interessierte Insassen der JVA-Tegel.

Frauencafé Jagowstr. 12
Es handelt sich eigentlich um ein Frauenkulturzentrum. Der Antrag lautet auf 24.000 DM als Zuschuß in 12 Monatsraten.

Das Haus
Selbsthilfegalerie und Verlag
Hasenheide 52/53
1000 Berlin 61
Für die Vorbereitung einer zusammenfassenden Ausstellung wurden 3.500 DM als Darlehen und 2.500 DM als Zuschuß beantragt. Damit ein Katalog veröffentlicht werden kann, der einen Überblick bisheriger Ausstellungen bieten soll, soll Netzwerk 11.000 DM als Darlehen und 5.000 DM als Zuschuß zur Verfügung stellen.

Verein zur Förderung der Naturheilkunde
Antrag eines Zuschusses in Höhe von 15.000 DM.
Der Verein will eine Heilpraktikerschule gründen, die im Mai 82 ihren Betrieb aufnehmen will. Räume sind vorhanden und der Zuschuß wird für die Umbauten der Räume benötigt.



Jeder eingehende Antrag wird von den gewissenhaften Projektbearbeitern auf's Sorgfältigste geprüft.

„Fliegendes Theater Berlin"
Vier Menschen machen seit 1978 Straßentheateraktionen und spielen hauptsächlich Kinderstücke. Für eine neue Inszenierung beantragt das projekt einen Zuschuß in Höhe von 20.000,- DM für verschiedene Materialien und einen Transporter.

Videogruppe Kohlfurther Straße
Die Videogruppe Kohlfurter Straße (Instandbesetzer) hat einen Antrag zur Finanzierung einer Videoanlage in Höhe von DM 6.000,- bei NW gestellt. Der Antrag hat sich im Vorfeld der Bearbeitung erledigt, da die Gruppe zwischenzeitlich von anderer Seite das nötige Kleingeld erhalten hat.

Theaterzeitung Kommedia
Die Kommedia wird von vier Theaterwissenschaftlerinnen vor allem über und für die freien Gruppen und ihr Publikum gemacht. Es fehlt gegenwärtig an einem solchen Forum. Die Kommedia erscheint seit Oktober 1981 vierteljährlich. Beantragt werden ein Zuschuß bzw. ein Dalehen in noch genau zu bestimmender Höhe, um das Projekt auf eine solidere finanzielle Basis zu stellen.

Netzwerk Selbsthilfe Hannover
c/o Offizin GmbH
Stiftstr. 11
3 Hannover
Zur Erstellung eines Statt- und Landbuches benötigt das noch zu Berlin zugehörige NW Hannover ein Darlehen von 15.000,- mit einer Laufzeit von 3 Monaten.

Energie- und Umweltzentrum am Deister e. V.
Am Elmschenbruch
3257 Springe-Eldagsen
Für eine Wanderausstellung „Es geht auch anders — eine Ausstellung über Energiealternativen" benötigte diese Gruppe ein Darlehen von DM 62.000,-

Concordia Sindelfinden
Hanna Sesterhenn
Martinsgasse 2
7032 Sindelfingen
Zum Aufbau eines autonomen Kultur-Zentrums in einer leerstehenden Fabrik benötigt eine Gruppe von 30 Leuten einen Kredit in nicht genannter Höhe.

Projektgemeinschaft Holzhaus e. V.,
8671 Regnitzlosau
Die Theater und Musikgruppe möchte eine Finanzierungsbeihilfe für den Ausbau ihres Seminar- und Tagungshauses haben. Die Totalsumme beträgt zwischen 200.000 und 400.000 DM.

Theater-Manufaktur
Theater GmbH
Hermannstr. 229
1000 Berlin 44
Durch die Verzögerung des Auszugs der Schaubühne am Halleschen Ufer mußte die Theatermanufaktur vorübergehend das leerstehende Hebbel-Theater mieten. Hier sind unerwartet hohe Heizkosten entstanden, so daß mit Gesamtkosten von rund DM 38.000 am Ende der Mietzeit zu rechnen ist. Über diesen Betrag möchte die Theatermanufaktur von Netzwerk einen zinslosen Kredit.

Geförderte Projekte

Emmaus Stuttgart e.V.
Nesenbachstraße 52
7 000 Stuttgart 1

Das Projekt ist ein Verein, in dem Menschen, die sich in Schwierigkeiten befinden, ohne Rücksichtnahme auf ihre Vergangenheit und soziale Stellung in vom Verein getragenen Arbeiten sich ihren Lebensunterhalt verdienen können, ohne abhängig zu werden. Die Arbeiten bestehen aus Entrümpelung, Haushaltsauflösungen und Gebrauchtswarenverkauf. Der Verein hat in seinem Haus ein Kommunikationszentrum errichtet, das in der Stuttgarter "Scene" eine wichtige Funktion als Bindeglied hat. Der durch die Übernahme des Hauses aufgenommene Kredit von DM 30.000 sollte von NW übernommen werden, um die hohe Zinsbelastung sparen zu können. Dieser Antrag wurde auf Anraten der NW-Ini Stuttgart umgewandelt in einen Antrag auf Zuschuß in Höhe von DM 5.000, diesem Antrag stimmte der Beirat zu, die gleichzeitige Bürgschaftsübernahme von DM 20.000 wurde abgelehnt. Dem Zuschuß wurde insofern zugestimmt, als damit die angespannte Finanzlage des Projekts erleichtert und sein Fortbestehen ermöglicht ist.

Heile-Haus-Berlin,
aldemarstr. 36, 1/36

Antrag: 15.000 DM Zuschuß für Material zum Ausbau ihres Hauses, um eine medizinische und hygienische Betreuung im Kiez zu bieten.
Der Beirat beschloß, das Projekt mit 12.500 DM (abzüglich der Summe aus dem Feuerwehrfond) zu fördern.

Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer e.V.
Hollmannstr.19
1000 Berlin 61

Dieses Projekt hatte einen Wiederholungsantrag gestellt, d.h. es wurde schon einmal von NW gefördert und wollte noch weiter gefördert werden. Anfang letzten Jahres hatte der Beirat für 2 Stellen auf ein halbes Jahr insgesamt 18 000 DM bewilligt und zusätzlich ein Darlehen für Einrichtung gegeben. Nun zeigte sich aber, daß die Förderung auf ein halbes Jahr nicht ausreichte, um genügend Werbung zu machen, damit sie sich dann alleine tragen können. Dies hatten sie zwar damals schon zu bedenken gegeben, aber es schien dem Beirat doch zu lange bzw. zu viel. Nun haben sie noch einmal Geld bekommen (12600 DM als Zuschuß für 2 Stellen) und das Darlehen wurde in einen Zuschuß verwandelt (6300 DM).
Die Arbeit des Projektes ist sehr gut angelaufen. Es besteht eine große Nachfrage, sowohl nach telephonischer wie auch nach persönlicher Beratung. Auch kommen Leute aus ganz unterschiedlichen sozialen Gruppen und verschiedenen Alters, sodaß man sagen kann dieses Projekt hat den Sprung aus dem "alternativen Sub-Getto" geschafft. Trotz den beachtlichen Leistungen des Projekts und der Förderung seitens der BVV-Kreuzberg und der AL hat der Senat außer lobenden Worten bis jetzt allerdings noch nichts getan... Bleibt zu hoffen, daß sich genügend Fördermitglieder finden, damit die Arbeit ausgebaut werden kann...
(siehe zur Darstellung des Projekts auch Rundbrief Nr. 12)

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile — Lateinamerika e.V. (FDCL)
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12

Seit 1974, kurz nach dem Putsch in Chile, arbeitet das FDCL für die Solidaritätsbewegung zugunsten der Lateinamerikanischen Völker. Besonders zum Ausdruck kommt dies durch die Herausgabe der Lateinamerika-Nachrichten und die etwa alle zwei Jahre stattfinden Solidaritätstage mit verschiedenen Lateinamerikanischen Völkern. So wurden 1978 Kampagnen unter dem Titel "Fußball ja — Folter nein" anläßlich der Fußball-WM in Argentinien durchgeführt, 1980 fanden Lateinamerika-Tage statt, die eine finanzielle Unterstützung des Volkes von El Salvador erbrachten. 1982 sollen nun wieder Lateinamerikatage in Berlin stattfinden (siehe auch Aufruf des FDCL im Netzwerkrundbrief Nr. 15, S.29)
Hierfür hat das FDCL ein Darlehen von insgesamt DM 20.000 beantragt, das im Falle eines Scheiterns der Lateinamerikatage in ein Darlehen umgewandelt werden soll.
Der Beirat hat auf seiner Vergabesitzung am 17.12.1981 diesem Antrag einstimmig ohne jede Einschränkung zugestimmt.

Förderung eines Workshops der polnischen Theatergruppe Gardzinice in Berlin

Eine Gruppe von Schauspielern (innen) aus veschiedenen kleineren Berliner Gruppen wollte Gardzinice zu einem mehrwöchigen Workshop nach Berlin einladen. Gardzinice ist ein international anerkanntes Theaterkollektiv, das neue Formen des Theaters praktiziert, die den Zuschauer einbeziehen und auf Ebenen anrühren will, die von der Zivilisation weitgehend zugekleistert worden sind. Das geschieht beispielsweise über gemeinsame Lieder und Feste.
Der Senat sah sich lediglich in der Lage, Reisekosten und die Miete für die Räume zu tragen. Die Berliner Schauspielergruppe hatte daher einen Zuschuß von circa 11 000 DM für die restlichen Kosten beantragt. Genehmigt wurden 9000 DM.

Antrag von Hilda und Rolf zur Finanzierung einer Halbtagsstelle.

Diese Stelle sollte die Betreuung und Organisierung der durch die Streichungen des Senats betroffenen Projekte übernehmen. Als Betrag waren 1.000 DM Netto zunächst für ein viertel Jahr beantragt. Der Antrag wurde mit 5:5:2 Stimmen abgelehnt, hauptsächlich mit der Begründung, daß bei so vielen betroffenen Projekten sich doch zunächst einmal Leute finden lassen müssen, die die Arbeit aus Betroffenheit machen.



Wenn ein Projekt schließlich gefördert wurde, ist die Freude der Kollektivisten meist groß und der Beirat wird durch einen Freudentanz in seiner Güte bestärkt. Wer jedoch genauer hinschaut, wird bemerken: Hier tanzen nur Männer.

Feuerwehranträge



GEGENBILDSTELLE 6.5.81
1.808,68 DM
Druckkosten für Oktoberdruck

KUKUCK 10.6.81
2.000,-- DM
Fassadenmalerei

MALZUBI (Schülerzeitung) 10.6.81
600.-- DM
Vorfinanzierung der 1. Ausgabe

KUMULI (Freie Kunstschule f. Erw. + Kinder) 18.6.81
2.000.-- DM
für Werbung

MEDIENOPERATIVE 3.7.81
(im Kukuck)
2.500.-- DM
Zuschuß für gestohlenes Videogerät

HEILE-HAUS 30.9.81
2.000.-- DM
Notdach u. Winterfestmachung/Verrechnung mit Antrag

SELBSTHILFEGRUPPE MITTLERE REIFE SFE 15.1.82
2.000.-- DM
Benefiz-Konzert im Quartier Latin

PROZESSGRUPPE IM KUKUK HILDESHEIM 14.1.82
2.000.-- DM
Anzahlung d. Rechtsanwälte f. Besetzerprozesse

KRAAKER-TRANSPORT 29.1.82
1.300.-- DM
Vorfinanzierung Anfangskosten

MIXED MEDIA 5.2.82
Frank Burckner
2.000.-- DM

BLITZLICHT-PRESSERAT 10.2.82
im Knast
800.-- DM
Zuschuß zur Produktion der neuen Ausgabe

Troubadoura
Frauenmusikzeitschrift
Arcisstr. 62
8000 München 40

Die Troubadoura ist eine Frauenmusikzeitschrift, entstanden 1978. Gegründet wurde sie von zwei Frauen und zwar aus dem Gefühl und Wissen, daß es viel zu wenig Kommunikation unter den musikmachenden Frauen gibt und das viel zu wenig über diesen Bereich der Frauenkultur bekannt und veröffentlicht wird. Jedes Heft enthält Berichte über Musikgruppen, einzelne Musikfrauen, Noten und Lieder zum Nachspielen, eine Harmonielehre in Fortsetzung, Platten- und Buchbesprechung, Termine, Aktuelles u.a.
Beantragt waren 6.000 DM Zuschuß für Werbemaßnahmen, bewilligt wurde 3656,68 DM.

Ambulante Krankenpflege Berlin (AKB) e.V.
c/o Gsundheitsladen e.V.
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61

Beantragte Mittel DM 15.480, die für den Ausbau eines Büros und einer Halbtags-Bürokraft verwendet werden sollen. Davon sollten DM 7.980 als Zuschuß und DM 7.500 als Darlehen vergeben werden.
Das Projekt, das sowohl ökonomischer wie auch sozialer Natur ist, wurde vom Beirat als modellhaft und förderungswürdig beurteilt. Der Aufbau einer Sozialstation mit daraus folgender Hauspflege, die die krankmachenden Ursachen des Krankenhauses aufhebt, die selbstbestimmte Arbeit von Kranken-Schwestern und -Pflegern und die Anerkennung durch die Krankenkassen, Ärzte und Sozialämter, die damit die finanzielle Stütze des Projekts bilden, konnten den Beirat von der Wichtigkeit und Notwendigkeit des Projekt überzeugen. Bewilligt wurden DM 5.850 als Zuschuß und DM 5.850 als Darlehen.

Ambulante Dienste e.V.
Arnulfstraße 106
1000 Berlin 42

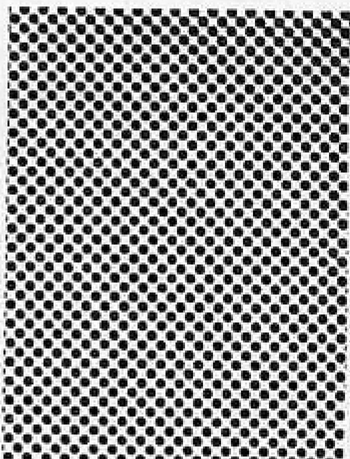
Beantragte Mittel: DM 12 000 als Zuschuß, die ausschließlich für den behindertengerechten Ausbau eines Ladens vorgesehen sind.
Das Projekt ist für Berlin modellhaft und in dieser Art einmalig. Im gemeinsamen Plenum der Helfer und Behindere wird die Arbeit, d.h. die Betreuung der Behinderten besprochen, gemeinsame Schulungen usw. durchgeführt. Das Projekt existiert bereits seit einem halben Jahr und es zeigte sich, daß ein immenses Potential an Menschen in dieser Stadt lebt, das Hilfe und Betreuung benötigt oder bereit ist, diese Hilfe und Betreuung zu leisten. Dem Antrag wurde vom Beirat zugestimmt.

Kinointeressengemeinschaft
c/o Kino im KuKuck, D.P.A.

Die Kinointeressengemeinschaft ist eine lose Koordination von Kiez-Kinos ohne eigene Projektoren und Leinwände, die nicht nur, aber auch in besetzten Häusern beheimatet sind. Die Kiez-Kino-Initiativen verstehen sich als Programmkartell; sie wollen ihr Filmangebot koordinieren, Filmkopien untereinander austauschen, die bei Netzwerk beantragen Projektoren gemeinsam nutzen.
Mit ihrer Kulturarbeit im Kiez wollen sie nicht zuletzt die besetzten Häuser im Stadtteil stärker verankern.
Im Gegensatz zum herkömmlichen Kinobetrieb wollen die Initiativen eine kommunikativere Atmosphäre des Filmsehens und -verarbeitens schaffen, um dadurch dem verkrusteten Konsum -und Massenbetrieb der "normalen" Kinos zu entgehen. Als mobiles Kino haben sie zudem die Chance, Filme dort zu zeigen, wo sie entstanden sind, oder wo sie Anregungen in der aktuellen politischen Auseinandersetzung geben können.
Bewilligt wurden 5600.-DM zur Anschaffung zweier 16mm-Projektoren und eines Vario-Objektivs.

Freie Schule Kreuzberg

Die Freie Schule Kreuzberg ist eine Privatschulinitiative von Eltern und Erziehern. Sie arbeitet zur Zeit noch als Vorschule und Hort. Die pädagogische Betreuung der Kinder — durch 3 Erzieher bzw. Lehrer — erfolgt in Anlehnung an das pädagogische Konzept, welches später für die Schule gelten soll. Im Moment suchen wir noch Kinder, die nächstes Jahr schulpflichtig werden (also 5-bis 6-jährige).
Da wir aufgrund der Erfahrungen anderer Freie-Schule-Initiativen in der BRD und unserer eigenen Geschichte nicht fest mit einer staatlichen Anerkennung rechnen können, sind wir vor allem an Leuten interessiert, die eine Freie Schule auch ohne den Segen der Schulbehörde mit uns machen würden.
Nach der Ablehnung unseres Konzepts durch den Senat für Familie, Jugend und Sport haben wir mit Hilfe eines Rechtsanwaltes das Klageverfahren gegen diesen Beschluß eingeleitet.
Da wir finanziell nicht besonders gut dastehen, sind wir dringend auf Material- und Sachspenden vor allem aber auf Direktförderung angewiesen. Förderndes Mitglied kann jeder im Verein für koop. Lernen werden — der Träger der Schule ist — der die Ziele des Vereins unterstützt und einen monatlichen Mindestbeitrag von DM 10.- leistet.
Informationstreffen für interessierte Eltern und Unterstützer ist an jedem 1. und 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr in der Schule. Dort könnt Ihr auch unser Konzept erhalten.
Die Kinder, Eltern und Erzieher der Freien Schule.
Spendenkonto:
R. Michel, BHI 0327991100
Adresse:'
Freie Schule Kreuzberg im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 6911071
Schulzeiten von 9.00 - 16.00 Uhr



We're a happy family ...
»Wie soll das weitergehen?«, II. Teil

von volker volksmasse

Zwei Fragenkomplexe bleiben, denn so endete der I. Teil, zu diskutieren:

1. **Welche einzelnen abstrakten Ideale von Freiheit, Glück und Anarchie in dieser Gesellschaft und unter den Bedingungen alternativer Ökonomien in realitätsgerechte, konstruktive Bahnen gelenkt werden können — ohne in Positivismus, Reformismus und Kapitalismusaffirmation zu enden.**
2. **Welche Perspektiven aufgezeigt werden können, die es ermöglichen, praktikable Veränderungen in unserer subjektiven Freiheitsfähigkeit zu vollziehen.**

Im folgenden muß es also zunächst um eine konkrete Bestandsaufnahme von kollektiven Idealen und kollektiver Wirklichkeit gehen, die sicherlich im Rahmen eines Aufsatzes nur bruchstückhaft sein kann.



Eigentlich sollte das Ganze ja Replik auf Constantin Bartnings Beitrag sein, inzwischen ist aus den Fragestellungen ein eigenständiger, mehrteiliger Beitrag geworden, dessen erster Teil, im letzten Rundbrief, eine allgemeine Eingangssuche und theoretische Spurensicherung war, während im vorliegenden zweiten Teil die konkrete, empirische Wirklichkeit des kollektiven Alltags mit seinen abstrakten Idealen konfrontiert werden wird. Der abschließende 3. Teil wird schließlich durchaus subjektive praktische Schlußfolgerungen aus dem Entwickelten präsentieren, konkrete Vorschläge der Veränderung und Perspektiven kollektiver Arbeitsweise zu zeichnen versuchen. Ich hoffe, die Geduld des Lesers auf letztere nicht allzu stark zu strapazieren. Doch um die von mir angepeilten Veränderungsvorschläge nachvollziehbar zu machen, ist es vonnöten, die Bestandsaufnahme, die ihnen vorausgeht, wirken zu lassen. Zudem handelt es sich um Überlegungen und Gedanken, die zunächst diffus, über längere Zeit, stets in direkter Verbindung zu meinen Erfahrungen, in meinem Kopf schwirrten, und die auch jetzt, indem sie zu Papier gebracht werden, sicherlich nichts Endgültiges repräsentieren, sondern Momentaufnahmen sind, Zeitrafferbilder, Fragen über Fragen ...

Werfen wir also einen längeren Blick in unsere Kollektive, versuchen wir, die „Ideale von Freiheit, Glück und Anarchie" hier aufzuspüren.
Etwa so: „Guten Tag. Ich bin der Neue vom Netzwerk. Ich wollte in Eurem Kollektiv mal Freiheit, Glück und Anarchie (be)suchen." — „Dann geh mal ins Büro zum Karl, der soll mal im Auftragsbuch nachgucken!"
Oder: „Da kommste drei Jahre zu spät, uns gibt's nämlich schon drei Jahre!"
Oder: „Das Chaos hier darfste nicht so kritisch sehen. Wir haben einfach zu viel zu tun. Willste mal 'nen Zug nehmen?"
Ja, dann gibt's die wohl gar nicht, die Kollegen F. Reiheit, G. Lück und A. Narchie?
Doch, die gibt's schon, nur sehen kann man sie nicht. Weil **Ideale** ihren gesellschaftlichen Ort eben in den Köpfen der Beteiligten haben. Und wenn der „Neue von Netzwerk" sich die Zeit und Geduld nähme, einmal den Gesprächen zu lauschen, den Diskussionen und Kollektivsitzungen, dann fiele es ihm wie Schuppen von den Augen: ein Tummelplatz für Ideale, Utopien, Träume, gepaart mit Konjunktiven „wir müßten, wir sollten, das würde" ...
Da ist also eine unzureichenden Wirklichkeit. Die man verändern möchte. So, daß ihnen Rechnung getragen wird: den Idealen.

Der Mythos von der Spontanität

Die vielbeschworene Spontanität, was wäre man ohne sie?
Variante 1 — Spontanität, einmal theoretisch:
Etwas klappt nicht, sagen wir das Aufräumen. Das muß anders werden. Ein Wochenplan wird vorgeschlagen. Empörung, Tumult: sowas muß spontan laufen! Das Ganze endet mit dem Choral des kollektiven moralischen Appells, es besser zu machen, spontan und ohne Planung. Dabei bleibt es bis zum nächsten ... Appell.
Der gesamte Prozeß: ein Ritual, ein religiöser Ritus, an dessen Heilkraft die einen noch fanatisch glauben, andere weniger.

Variante 2 — Spontanität, noch mal, aber praktisch:
Jeder macht das, wozu er Lust hat. Nur, der eine hat viel Lust, der andere weniger oder fast keine. Andersherum: der eine macht viel (z.B. die Frauen spülen oder putzen), ein anderer widmet sich lieber den hehren Dingen wie der Geschäftsführung oder der Lektüre des neuen Netzwerk-Rundbriefes. Irgendwann über kurz oder lang führt diese arbeitsteilige Spontanität zum Eklat. „Ich bin doch nicht die Putzfrau vom Kollektoid!", ruft die Putzfrau vom Kollektoid. „Dann müssen wir eben 'ne Putze einstellen!", brummt der mit der esoterischen Lektüre hinter dem Schreibtisch hervor.

Beide Beispiele repräsentieren, so hoffe ich, typische Gestaltungen von Spontanität, wie sie uns in Kollektiven und auch in anderen kollektiven Lebensformen begegnen.
Im ersten Fall sind sie Ideal, Abstraktion, Glaubensbekenntnis, völlig losgelöst über der Realität schwebend. Verblüffenderweise wird solch irrationale Haltung immer wieder zum Hemmschuh von Veränderung. Langandauerndes Chaos scheint erträglicher zu sein als ein praktischer, kleiner Schritt der Veränderung, der das **Ideal** der Spontanität in Frage stellen könnte. Wie ist das zu erklären? Eben nicht rational, d.h. sich in vernunfts- oder verstandesgemäßen Bahnen bewegend, sondern irrational, emotionellen, unbewußten Quellen entspringend. Das Ideal der Spontanität könnte somit — psychoanalytisch — als Element des Ich-Ideals ihrer Protagonisten verstanden werden.
Wesentlich dürfte sein, daß dieses Spontanitäts-Ideal als ideologisches Moment in den Köpfen **aller** Beteiligten lauert. Also auch derjenigen, denen die Veränderung der unzureichenden Wirklichkeit tatsächlich auf den Nägeln brennt. Die Priester und Statthalter der theoretischen Spontanität brauchen alsbald nur an dieses latente ideologische Bewußtsein, das in allen Kollektivmenschen gleichermaßen beheimatet ist, zu appellieren, und schon ist der verwerfliche Terroranschlag der 'Planungsfraktion' wieder einmal vereitelt.
Ein weiteres Mal grinst das „unglückliche Bewußtsein" von Herkömmlichem und Alternativem, setzt dieses Trauerspiel in Szene.
Diejenigen, die den Glauben an das spontane Funktionieren des Notwendigen verloren haben, verloren nicht den Glauben selbst; das Glaubensbekenntnis zum „Guten" der Spontanität ist eine Variante des ideologisch-sozialen Codes, an dem jeder zu partizipieren hat, der nicht als

,,bürgerlich" oder als sonstiger ,,Counter" gelten will. Unterwerfung unter den Mythos der Spontanität ist ein ungeschriebenes Gesetz der Alternativbewegung. Friß die Wahrheit oder geh doch innen Westen!

Betrachten wir nun unsere Variante 2, die ,,praktische Spontanität". Die Spannungen, die durch diese naturwüchsig praktische Spontanität enstehen, führen über kurz oder lang dazu, daß sich diejenigen, die anfangs mit großem Engagement die Gemeinschaftsaufgaben angegangen haben, resignieren und sich schließlich dem herrschenden Tenor des Mittelmäßigen und Chaotischen anpassen. Jeder an sich produktive, kreative Elan wird dergestalt allmählich frustriert, in resignative Anpassung an den miesen Status Quo gezwungen.

Verblüffend, daß, läßt man die beiden Varianten einmal auf sich wirken, die Abstrusität der ,,theoretischen Spontanität" erst hier einigermaßen evident wird. Ich behaupte, daß jedes Kollektiv (und hierzu zählen z.B. auch die Wohnkollektive in besetzten Häusern) beide Varianten erfahren hat, sehr wohl kennt. Und doch läßt eine Einsicht in die Zusammengehörigkeit von Theorie und Praxis, Anspruch und Wirklichkeit, in den wenigsten Fällen als bewußt voraussetzen und erkennen! Nichts könnte deutlicher die Realitätsferne der theoretischen Spontanität belegen, ihren rituellen, mystischen Charakter.

Halten wir an dieser Stelle einmal inne und besinnen uns in unserem eigenen Erfahrungs- und Alltagszusammenhang an die ungeheuren Potentiale von Wünschen, Hoffnungen, von praktischem Wollen, von lustvoller, schöpferischer, positiver Energie, die hier unterdrückt, vergewaltigt, in Resignation getrieben und unwiderruflich verloren wurden. Es reicht, sich bei sich selbst zu vergegenwärtigen, was an Anfangsenthusiasmus im eigenen Projekt einstmals vorhanden war, was heute davon übrig geblieben ist — außer Lethargie und/oder Zynismus.

Ich möchte ausdrücklich nicht so verstanden werden, daß die Schlußfolgerung für mich heißt, Spontanität abzulehnen und deshalb einer Planung das Wort zu reden. Auf letztere, welche die **mechanistische** Kehrseite der **mystizistischen** Spontanität bildet, will ich später noch eingehen. Hier sollte lediglich versucht werden, das verhängnisvolle Auseinanderklaffen von theoretischer Freiheitssehnsucht und praktischer Freiheitsfähigkeit am Beispiel Spontanität zu verdeutlichen.

Nun ist dieser Mythos leider nicht der einzige Schleifstein in unserem kollektiven Alltag, welcher diese zweifelhaften Ergebnisse zeitigt. Ein anderer, dem wir im folgenden unsere Aufmerksamkeit widmen wollen, ist der Mythos der **Kollektivität** selbst.

Der Mythos Kollektivität

Hey, wie kollektiv wir sind: We're a happy family, we're a happy family, kids, mom' and daddy ...

Kollektivität, theoretisch:

Leider kann ich hier keine so eingängige idealtypische Variante wie im Fall der Spontantität präsentieren. Das liegt daran, daß die theoretische Kollektivität sich aus durchaus vielschichtigen Elementen zusammensetzt, die ich hier, soweit sie in Kollektiven aufzufinden sind, wenigstens teilweise referieren möchte.

Der erste Bereich, dem wir uns zuwenden, sind die Erscheinungsformen im organisatorischen Umfeld:

a) Die Alternative zur im ,,normalen Arbeitsleben" üblichen **Befehlsstruktur** soll Vergesellschaftung, Kollektivierung der Informationen sein, die ein selbstbestimmtes Arbeiten ermöglicht.

b) An die Stelle von hierarchischer **Verantwortung** (je höher die Position, desto umfassender die Verantwortung) tritt die kollektive Verantwortung für den Betrieb, dessen Geschäftsführung, Finanzplanung usw.

c) **Hand- und Kopfarbeit**, d.h. ausführende und planerische Arbeitsteilung soll durch kollektive Arbeitsmuster (koll. Arbeitsplanung, Rotationsfunktionen etc.) ersetzt werden.

d) **Universalität** der Arbeitsschritte entgegen entfremdeter, monotoner Arbeitsteilung: Jeder soll, wenigstens tendenziell, alles kennen oder gar können. Wichtige Voraussetzung der Rotation. Branchenabhängig.

Der andere Bereich ist die theoretische Kollektivität im Kontext Zwischenmenschlichkeit:

Diese soll selbstredend ebenso wie und in Zusammenhang mit der organisatorischen Kollektivität funktionieren. Okay. Schauen wir zu, was darüber hinaus an Kollektivansprüchen im zwischenmenschlichen Umfeld festgehalten werden kann:

a) Eine gemeinschaftliche, die menschliche Isolation und Entfremdung ausschließende Kommunikationsstruktur. Kommunikation, Austausch von Gedanken und Gefühlen und Austausch über die Arbeit selbst sollen gleichberechtigt sein.

b) Die emotionelle Verfassung des Einzelnen soll nicht unbedingt an der Garderobe abgegeben werden, sondern kann als ganzheitlicher Bestandteil des Individuums in seiner Arbeit Berücksichtigung finden (Beispiel: Wenn jemand schlecht drauf ist und deshalb seine Arbeit nur unkonzentriert und unzureichend erfüllt, kann dies vorübergehend toleriert werden).

c) Überhaupt sollte man sich dufte fühlen können, wenn man mit seinen Kollegen arbeitet, das harmonische Miteinander, die Gemeinsamkeit der Interessen und (politischen) Anschauung, bisweilen die konkrete Gemeinsamkeit von Arbeit und Leben, die gerechte Verteilung von Lohn, Lust und Leid sind als entsprechende Ansprüche zu nennen.

d) Im Mann-Frau Verhältnis ist die Gleichberechtigung keine leere Worthülse wie in der übrigen Gesellschaft. Spezifische Frauenarbeit, Mackerverhalten usw. sind verpönt.

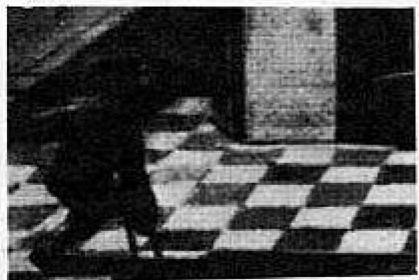
Diese Aufstellung ist wie gesagt nicht erschöpfend, sondern selektiv. Sie soll jedoch für unsere Zwecke, wie zu sehen sein wird, hinreichen.

Wenden wir uns nun der praktischen Kollektivität zu. Stichwortartige Beispiele für diese Seite waren bereits im ersten Teil des Aufsatzes unter dem Stichwort ,,individuelle Reaktionen" aneinandergereiht.

Ad 1a)

Die Idee vom selbstbestimmten Arbeiten bleibt meist schon deshalb ein unerreichbares Ideal, weil die Kollektivierung der notwendigen Informationen nicht funktioniert. An die Stelle der hierarchischen Information im normalen Betrieb tritt die informelle Hierarchie in Kollektiven. Die theoretische Gleichheit der Kollektivarbeiter erfährt hier ein praktisches Korrektiv. Informelle Hierarchie heißt, daß naturwüchsig die Informationen in einem oder wenigen Köpfen zusammenlaufen. Bei dieser informellen Elite handelt es sich im Regelfall um diejenigen, die sich mit der Vehemenz ihrer Arbeitswut, ihrem Engagement (oder dem Schein desselben) profilieren, über Organsationstalent, Connections usw. verfügen und sich auf diese Weise schnell für einen Betrieb unentbehrlich zu machen scheinen.

Die informelle Hierarchie wird irgendwann zu erstarrten Struktur. Und erst diese starre Struktur zeitigt destruktive Folgen: Die ihr unterliegenden Individuen werden in ihren Emanzipationsmöglichkeiten, z.B. Organisation **erlernen** zu können, blockiert, und zwar auf dialektische Weise: entweder trauen sie sich nichts derartiges mehr zu, dann sprechen wir von indirekter Blockierung; oder der Funktionär, der meist nicht unbedeutende narzistische Befriedigung aus seiner Position an der Spitze der informellen Hierarchie bezieht (,,Faszination der Macht"), verweigert die Weitergabe seines Wissens, um seine Stelle aufrechtzuerhalten, was die direkte Blockierung genannt werden kann.



Ad 1b)

Hier verhält es sich ähnlich wie unter 1a). Die suggierte Gleichheit der Beteiligten wird in der praktischen Erfahrung eines Schlechteren belehrt. Das praktische Verantwortungsbewußtsein des einen kann bereits beim Klingeln des Telefons sein Ende erfahren, ein anderer schleppt sich noch mit hohem Fieber zum Betrieb.

In unserem Fall bewegt man sich stets zwischen zwei Extremen: zwischen **Machtstruktur** und **kollektiver Verantwortungslosigkeit.** Erstere findet sich personifiziert im Typus des ,,alternativen Geschäftsführers", den Karl-Heinz Roth vor ca. zwei Jahren in seinem gleichlautenden Aufsatz einer eingehenden Betrachtung unterzog. Letztere ist eine besonders schillernde wie verbreitete Variante kollektiver Betriebsführung: niemand blickt richtig durch, man lebt von der Hand in den Mund, keine Betriebziele, Perspektiven stehen zur Disposition, ein durchgängiger Ba-

lanceakt am Abgrund des Konkurses ... Die Krise wäre hier nicht ein kritischer Punkt, sondern ein Dauerzustand, der, euphemistisch formuliert, stressig oder entnervend wirkt, an der Wurzel jedoch Energien absorbiert, die an vielen anderen Stellen vonnöten wären.

ad 1c)
Auch hier findet sich ein typisches Wirkungsterrain informeller Hierarchiestrukturen. Die kollektive Arbeitsplanung, die meist ihren Ort auf den Kollektivsitzungen hat, ist praktisch längst nicht so egalitär, wie dies theoretisch prätendiert wird. Das Rotationsprinzip ist hilfreich, solchen Strukturen zu begegnen, wird aber längst nicht überall mit Nachdruck praktiziert.
Auch hier kann sich ein Verhalten zeigen, das in Form von Desinteresse dazu neigt, Entscheidungen und Überlegungen entscheidender oder auch nur systematischer Natur aus Bequemlichkeit und dem dahinterstehenden mangelnden Selbstvertrauen denen zu überlassen, die hier scheinbar sicher und überlegen sich engagieren können.

ad 1d)
Ein besonders heikles Problem. Gesetzt, in einem Betrieb ist die angestrebte Universalität tatsächlich realisierbar: Das bedeutet nicht, daß sie praktiziert wird. Daß sie praktiziert wird, hängt von der Bereitschaft und Lernfähigkeit der Beteiligten ab. Und erfahrungsgemäß ist es gerade die Lehr- und Lernbereitschaft, die fehlt. So scheint es oftmals bequemer zu sein, sich selbst dem Neuen, Fremden fernzuhalten und andere dem Vertrauten, Bekannten. Womit durch die Hintertür eine Art von naturwüchsiger kollektiver Arbeitsteilung eingebracht wird, die an sich gar nicht so negativ zu bewerten ist, weil sie den Interessen und Qualitäten des Einzelnen entspricht. Sie entfaltet jedoch in dem Augenblick ihren durchaus ätzenden Geruch, wenn am Ideal der Universalität in solchem Fall weiterhin abstrakt festgehalten wird. Was diese Zerklüftung von Realität und Anspruch für Konsequenzen nach sich ziehen kann, vermochten wir im Fall des Spontanitäts-Mythos ja eingehend zu verfolgen.

Ad 2a)
Hier ein weiteres frappierendes Beispiel dafür, wie idealer Schein und Wirklichkeit zu Antagonismen erstarren. Denn die Prämisse wäre bereits bei allen Kollektiven falsch, die **nicht** zusammen leben, sondern nur zusammen arbeiten. (Bei kollektivem Leben + Arbeiten, was ich hier ausklammern möchte, ergeben sich wohl spezifische Probleme.) Das Kollektiv ist nicht in erster Linie ein Kollektiv, weil die Leute sich lieben und mit Leidenschaft zusammen leben wollen (dann würden sie es nämlich tun), sondern weil sie zusammen arbeiten.
Die individuellen Gründe, weshalb jemand in einem Kollektiv arbeitet, sind im Regelfall grundverschieden und vielschichtig. Ebenso sind die Abhängigkeiten, gerade die ökonomischer Natur, zu berücksichtigen. Dazu gehört der ganze Komplex der marxistischen Fragestellung, wie das ökonomische Sein auf das Bewußtsein wirkt.
Man könnte schlußendlich eher von einer Interessengemeinschaft, unter Umständen von Vernunftehe oder gar Zwangsgemeinschaft reden, welche die Kollektivisten zusammenschweißt, und dann reduziert sich das kommunistische Urparadies von interhumaner Kommunikation schnell auf ein mehr oder weniger alternatives „Betriebsklima".
In diesen Kontext fallen ebenso die Litanei der bekannten Konkurrenzkisten, der Unterdrückung der psychisch-energetisch Schwächeren, der kommunikativen Isolierung und Ausgrenzung, der Mißverständnisse und Kategorisierungen, der latenten oder offenen Aggressionspotentiale und Konflikte, der Mißgunst und Gehässigkeiten, usw. usw., die gar nicht so ideal und alternativ sind, sondern einfach nur menschlich gewöhnlich.
Ich denke bei mir selbst dabei an manche Magenschmerzen und Alpträume, die mir der Gedanke an konfliktgeschwängerte Stimmungen im eigenen Kollektiv bereitete. Das sind Tatsachen, die wir sehen müssen, ebenso wie diejenige, daß eine euphorische Zuneigung zu anderen Kollektivisten nach jahrelanger Zusammenarbeit in der „Metakommunikation" (Laing) einer Zwangsgemeinschaft enden kann. Dann bleiben von den ach so hehren Träumen nur oberflächliches Arrangement oder starre Konvention übrig. Das muß nicht so enden, aber es kann, wenn wir diese Gefahren, die menschlich, allzu menschlich sind, mit diffusen Egalitäts- und Symbiosephantasien kaschieren und damit aus den Augen verlieren. Paßt bloß auf!
Ich habe immer wieder die Erfahrung gemacht, und dies nicht nur in Kollektiven, sondern auch in WG's, anderen Gruppen und in der letzten Zeit in dem besetzten Haus, in dem ich lebe, daß der emotionale Zusammenhalt, die reale Kollektivität so gut oder schlecht funktioniert, wie
a) die Selbständigkeit und das Vertrauen in die eigene Kraft bei den Beteiligten und
b) der Abstand zwischen den energetisch stärksten und schwächsten Gruppenmitgliedern beschaffen ist. Nicht die Gemeinsamkeit der Ansprüche, Anschauungen und Willensbekundungen ist für das Funktionieren einer Gruppe entscheidend, sondern die psychisch-energetischen Potentiale und Potenialdifferenzen. Das hört sich auf den ersten Blick vielleicht etwas technizistisch an, ist aber dynamisch zu verstehen, und dazu repräsentiert die Kategorie der psychischen Energie die m.E. optimale Begrifflichkeit: Es gibt meiner Erfahrung nach Menschen, die Energie genug haben, um auch zu **geben**, und solche, die nur wenig davon haben, so daß sie oft nur **nehmen** können. Je mehr von ersteren in einer Gruppe leben oder arbeiten, desto funktionsfähiger ist sie. Emotionelle Stärke tritt hier als originär soziales Verhalten in Erscheinung, nicht als masochistische Leidenshaltung — und ist damit letztendlich Ausdruck von Lebensbejahung. Aber der Leser wird nun fragen: „Halt! Aber solche Menschen gibt's wohl kaum!" Das ist leider richtig. Aber ich spreche von Tendenzen, nicht von Idealen, ich spreche von Menschen, nicht von perfekter Technologie. Und ich meine, daß es eine verdammt ernstzunehmende Aufgabe ist, die Hindernisse, die der Entfaltung dieser Tendenzen im Wege stehen, aus dem Weg zu räumen.
An dieser Stelle ein Wort zu mir selbst bzw. zu meinem Kollektiv: Es ist nicht mein erstes, und ich muß sagen, daß ich das seltene Glück habe, in einer Gruppe zu arbeiten, in der die Differenz zwischen den energetischen Potentialen nicht so gefährlich groß ist wie im Regelfall. Nur so läßt sich eine gewisse informelle Harmonie, personelle Stabilität und Kontinuität erklären. Nicht, daß alles ideal wäre im Gegensatz-Kollektiv, es ist ein Sumpf, wie jeder andere auch, aber er lebt ...

Ad 2b)
Hier stoßen wir genau auf die Möglichkeiten bzw. Unmöglichkeiten gegebener individueller energetischer Potentiale. Derjenige, der, wie angeführt, eine miese Phase hat, weil Liebeskummer seine Energie vollständig absorbiert, was unkonzentriertes, lustloses und schlampiges Arbeiten zur Folge haben kann, könnte aufgefangen werden durch verstärktes Engagement und potenzierte Arbeitsleistung der übrigen Kollektivisten. Ein hehres Ideal, das wirklich davon abhängig ist, wie die emotionelle Stärke im o.a. Sinne beschaffen ist.
Zur Lohnproblematik hat Constantin Bartning ja bereits einige Überlegungen veröffentlicht (insbesondere: „Lohnarbeit und Kollektiv"). Ich würde diesen Komplex nicht in allgemeingültiger Weise behandeln wollen, sondern nur spezifisch entsprechend den Bedingungen des jeweiligen Kollektivs. Daß der gleiche Lohn jedenfalls ein Dogma sein kann, wenn unterschiedliche und in dieser Unterschiedlichkeit **unveränderliche** Arbeitsanforderungen und -leistungen gegeben sind, das leuchtet mir ein.

Ad 2d)
Wobei wir bei einem heiklen Thema angelangt wären, bei dem ich mich möglicherweise in die Nesseln setzen könnte. Es scheint mir jedenfalls ein Thema zu sein, daß wie kein anderes tabubeladen ist. Tabubeladen, damit meine ich, daß erkannte und an sich richtige Einsichten erstarren, für sich zu Dogmen werden und weitere, nachfolgende, ergänzende oder korrigierende Erkenntnisse behindern oder ganz verhindern.
Soviel vorab. Wir reden von Mann/Frau in Kollektiven. Mithilfe unserer bewährten methodischen Differenzierung von Freiheitssehnsucht und Freiheitsfähigkeit wird auch hier ein Verständnis von Struktur und Dynamik ermöglicht.
Das Bewußtsein, einer spezifischen Unterdrückung des weiblichen durch den männlichen Diskurs zu unterliegen, zeitigt zweierlei praktisch-alltägliche Folgen:
Bei Frauen den Zwang zum Aufspüren der Symptome dieser Unterdrückung im kollektiven Alltag, das Benennen derselben, die — berechtigte — Empörung darüber; bei Männern die **rationale**, mehr oder weniger stark ausgeprägte (Selbst-) Kontrolle unterdrückerischer, „frauenfeindlicher" Verhaltensweisen auf einer **spektakulären** Ebene bei sich selbst und bei seinen Geschlechtsgenossen, im Extremfall die „feministische Schere" im männlichen Kopf. Wesentlich scheint mir hier gera-

de der **rationale** Charakter solch männlich-feministischer Sensivität zu sein, der in keiner Weise eine **emotionale** Entsprechung besitzen kann. Doch woher bezieht — bei Männern — dieses Bewußtsein seine Energien? Wodurch wird es zum Bewußtseinskontinuum, wenn ihr keine emotionelle Erfahrung zugrunde liegen kann? Einerseits sind es sicherlich die Reaktionen auf die herrschende Ideologie der Sensivität für die spezifische Unterdrückung der Frau in unserer gesellschaftlichen Umwelt, mit der wir täglich konfrontiert werden. Aber das erklärt nur unzureichend die scheinbare Kontinuität dieses Problembewußtseins.

Ich vermute, daß die Wurzel ein unbewußtes Schuldgefühl sexueller Natur ist — zahllose ideologische Elemente der herrschenden feministischen Mythologie scheinen dies zu bestätigen (in diesem Zusammenhang sei erinnert an die berüchtigte Gernot-Gailer-'Diskussion', in welcher der Zusammenhang zwischen feministischer Ideologie und „neuer Prüderie" für mich überdeutlich zum Vorschein kam). Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß sich die feministische Ideologie nur allzu bereitwillig eben jener antisexuellen Mythen bedient, die — aufgrund der in uns allen verankerten sexuellen Ängste — sowohl bei Frauen als auch bei Männern auf entsprechend fruchtbaren Boden fallen. Ich will diese Überlegungen hier abbrechen, und mich jetzt der empirischen Realität zuwenden.

Ich habe oben angeführt, daß eine Differenz zu konstatieren ist zwischen der rationalen und emotionalen Sensivität in Sachen Frauenunterdrückung bei Männern. Ist nun eine solche auch bei Frauen selbst anzutreffen? Ich würde dies mit Entschiedenheit bejahen. Hierunter fallen all diejenigen Verhaltensweisen, die ein praktisches Zurückfallen in Rollenmuster zum Inhalt haben, die ansonsten mit Vehemenz als „frauenfeindlich" angeklagt werden. Ein typisches, banales Beispiel: Stelle ich als Kollege die Frage, ob die Kollegin mal eben Kaffee kochen könnte, so werde ich als Fragesteller nicht in meiner Rolle als Kollege, der gerade keine Zeit hat, wahrgenommen, sondern als Mann, der der Frau ihre Rolle als Hausfrau zuweist. Dieselbe Kollegin hat aber die leidenschaftliche Angewohnheit, klaglos und wie selbstverständlich täglich den Abwasch zu machen und damit sich kontinuierlich ihrer angestammten Frauenrolle zu unterwerfen.

Es ist in unserem Beispiel offenkundig, daß eine entscheidende Differenz zwischen dem theoretischen und praktischen Bewußtsein über die geschlechtsspezifische Unterdrückung existiert. Diese kann sich also sehr wohl als Selbstunterdrückung äußern. In unserem Fall ist der sensitive Blick, wie der des Kaninchens auf die Schlange, dem Verhalten des Mannes zugewendet, es entgeht ihm die Wahrnehmung für das eigene „frauenfeindliche" Verhalten.

Folge kann ein Bewußtseinsspaltung, damit ein „künstliches", unechtes Verhalten sein, das frau zu überspielen bemüht ist, was die Krampfhaftigkeit dieses Versuches noch verstärkt — dies, solange der Schein erweckt wird, als seien die Qualitäten der emanzipierten, „neuen Frau" bereits **vorhanden** und nicht erst **herzustellen.** Überspitzt formuliert kann dergestalt die Emanzipation der Frau zur schärfsten Waffe einer Verhinderung der Emanzipation der Frau (und des Mannes) werden. Indem das zu Erreichende als bereits erreicht vorausgesetzt wird, die Unterdrückung **nur** als Fremdunterdrückung, nicht aber auch als reale Widerspruch der eigenen Charakterstruktur eingeklagt zu werden pflegt, wird eine gefährliche und lähmende Vereinseitigung realer dialektischer Prozesse praktiziert.

Andere typische Verhaltensmuster dieser Tendenz finden sich in Situationen extremer psychischer Belastung wieder, wie sie uns im kollektiven Alltag häufig begegnen: plötzlich haben wir nicht mehr die starke, selbstbewußte, sondern die schwache, hilflose Frau vor uns. Dieses 'unglückliche Bewußtsein' von abstrakter Freiheitssehnsucht und konkreter Freiheitsfähigkeit erschwert auch in diesem Fall ein realitätsgerechtes Verständnis der jeweiligen Situation und der in ihr zur Geltung kommenden psychischen Konstellation.

Der eine oder andere Leser wird nun aufschreien und rufen: „Siehste: das hab' ich ja immer schon gewußt!" Doch ich möchte meine obigen Überlegungen nicht verstanden wissen als begriffliche Waffe im „Kampf der Geschlechter", sondern als die Bestandsaufnahme von Schwierigkeiten, die diesen Kampf verschärfen.

Zum Abschluß noch einige Anmerkungen zu den Verhaltensmustern meiner eigenen Geschlechtsgenossen. Mit erscheinen die meisten Probleme, mit denen wir in Kollektiven zu kämpfen haben, als spezifischer Ausdruck typisch männlicher Rigidität, ohne damit zu sagen, daß ihr **nur** Männer unterliegen. Ob es Machtkämpfe und Konkurrenzkisten, die absolute Herrschaft des rationalen über den emotionalen Diskurs, ob es Geschäftsführergebahren oder sonstiges Mackerverhalten sind, es handelt sich um zahllose Varianten männlichen Verhaltens, die in unseren Kollektiven zu finden sind, und uns zu schaffen machen. Die emotionelle Kälte, sämtliche Erscheinungsformen von technizistischem, mechanistischem Denken und Handeln, der ständige Leistungsdruck und das fanatische Leistungsdenken — auch wenn es oft nur auf einer Appellebene zum Vorschein kommt — das alles sind zweifelhafte Qualitäten des Mannes in seiner Rolle als Repräsentant einer unmenschlichen, perversen — eben patriarchalischen — Kultur. Den Frauen in unseren Kollektiven wird im Regelfall nur die Möglichkeit offenstehen, sich diesem Diskurs anzupassen, zu unterwerfen. Es ist meine tiefe Überzeugung, daß die grundlegende gesellschaftliche Veränderung (und das heißt für mich nicht Veränderung des kapitalistischen Systems, sondern die umfassende Veränderung der patriarchalischen Kultur) nicht auf der nur ökonomischen oder politischen Machtebene realisierbar, sondern von einer radikalen Selbstveränderung begleitet sein muß. Dann stellt sich die Frage der Macht und Politik aus einer ganz anderen Perspektive. Es ist gerade die brutale, mechanistische Ausbeutung und Unterdrückung der äußeren und inneren Natur, die uns täglich der Apokalypse einen Schritt näher bringt. Das heißt, es gilt für uns heute, alle jene **Hindernisse,** die einer emanzipativen Entwicklung von Männern und Frauen, der Bewahrung der natürlichen Spontanität und Freiheitsfähigkeit der Kinder, also der echten, lebendigen Freiheitsfähigkeit im Wege stehen, konsequent zu benennen und aus dem Wege zu räumen. „Liebe, Arbeit und Wissen sind die Quellen unseres Lebens. Sie sollen es auch regieren", möchte ich mit Wilhelm Reich hinzufügen. Es bedarf nicht abstrakter Utopien, um dies Realität werden zu lassen, sondern der praktischen Beseitigung aller Hindernisse, die der lebendigen Liebe, der lebendigen Arbeit und dem lebendigen Wissen im Weg stehen.

Ich hoffe, an den obigen Beispielen gezeigt zu haben, wie weit wir noch von dieser Freiheitsfähigkeit in unseren Kollektiven entfernt sind. Im dritten Teil will ich versuchen, Überlegungen und Vorschläge zu entwickeln, die Ansätze für eine Beseitigung dieser Hindernisse sein könnten.



A Walk to Moscow

Am 1. März 81 brachen etwa zwanzig Leute von Bangor (nahe Seattle, WA) zu einem langen Fußmarsch Richtung Moskau auf. Der Grund für dieses Unternehmen: die Supermächte sollen zum Stop des Wettrüstens aufgerufen werden.

Die Gruppe erreichte am 25. Nov. 81 Washington DC, wo sie eine zwei Wochen dauernde Fastenzeit und Veranstaltungen abhielt. Die Demonstranten planten, im Frühjahr 82 in Irland beginnend, durch England, Frankreich, Holland, die Bundesrepublik, die DDR und Polen nach Moskau zu marschieren.

Ich verbrachte sechs Monate mit dieser Gruppe und kenne die Teilnehmer. In Chicago, wo ich die Gruppe am 25. Sept. 81 verließ, bestand sie etwa aus 30 Erwachsenen und 4 Kindern. Es ist anzunehmen, daß nicht alle nach Europa kommen werden.

Ich halte es für wichtig, daß wir in der BRD diese Demonstration, besonders angesichts der politischen Lage und wegen der Aktualität der Abrüstungsgespräche, unterstützen und ihr den Weg durch die BRD ebnen sollten.

Bei uns könnte die Route, etwa April/-Mai, über Bonn, Hannover laufen. Das steht noch nicht fest.

Sollte diese Anregung nicht schon direkt von der Gruppe an Euch herangetragen worden sein, so möchte ich dies hiermit von mir aus tun.

Die Hilfe würde darin bestehen, an noch festzusetzenden Orten der vorhergesehenen Route Unterkunft, Verpflegung und Veranstaltungsräume (für Vorträge, Büchertisch, Musikveranstaltungen) zu besorgen.

Die Gruppe will den ganzen Weg zu Fuß gehen, am Tag etwa 20 km, und erhofft sich, daß sich unterwegs überall zahlreiche Gleichgesinnte anschließen, einige vielleicht sogar bis Moskau.

Erhebliche Geldmittel stehen der Gruppe nicht zur Verfügung, sie rechnet im Gegenteil mit Spenden, besonders bei den Veranstaltungen. Auch fehlt meines Wissens noch ein Dolmetscher, den ich gerne selbst machen möchte, falls mein Zivildienst dann die Möglichkeit dazu läßt.

Adressen für den ,,Walk to Moscow'', falls Sie direkt mit ihm in Verbindung treten wollen:
507 3rd Avenue, Unit 920
Seattle, WA 98104
USA

Nähere Informationen in der BRD:
Tom Fischer
Pfarrstraße-Forsthaus
8071 Ernsgaden



UFER-PALAST

KINO in Tempelhof

UFA-Fabrik-Anleihe
1982-1985
unabhängig — frei — autark

Liebe Freundinnen und Freunde,

im November 1981 haben wir unsere Anleihe-Aktion gestartet und jetzt — Ende Februar — sind immer noch 420 Anteile offen. Wir haben mit 760 Anteilscheinen knapp kalkuliert und ein Erfolg kann diese ganze Aktion nur dann sein, wenn die gesamte Summe zusammenkommt.
Mit dem bisher eingegangenen Geld haben wir das Kino (den Ufer-Palast) im Dezember eröffnet, Werkstätten ausgebaut und eingerichtet, Werkzeug und Baumaterial gekauft, im Laden eine Heizung installiert und das biologische Getreide für die Bäckerei bezahlt. Wir wollen jetzt für alle diejenigen, die uns vergessen haben, die Aktion wieder in Erinnerung rufen. Helft mit, vielleicht kennt ihr noch in eurem Freundeskreis Leute, die sich beteiligen wollen. Es können sich auch mehrere zusammentun und einen Anteil zeichnen. Das hat für uns den Vorteil, daß sich sowohl der Verwaltungsaufwand als auch der persönliche Kontakt in überschaubarer Größenordnung bewegen.
Wieviel Hoffnung sollen andere autonome Gruppen haben, wenn bei allen Anstrengungen von uns nicht alle Anteilscheine gezeichnet werden. Wir haben den Mut und die Hoffnung natürlich nicht verloren, denn es dauert alles etwas länger, als man es von der Hektik des Alltags gewohnt ist.
Trotz aller Anstrengungen des Senats bleiben wir weiter unabhängig und lassen uns unsere Arbeit und Kritik nicht mit Geld kaufen. Allein unsere Existenz ist die beste Kritik in diesem Staat.
Unterstützt unsere Unabhängigkeit, beteiligt euch weiter an unserer Anleihe.
Das Brot wird immer schlechter, die Waffen werden immer besser. Wir schlagen euch eine Anleihe für den Frieden vor.
Unsere Stärke besteht in der Anzahl unserer Freunde.

Viele Grüße und nachträglich ein atomfreies Neues Jahr

die Fabrikkommune

Endlich mal wieder Gelegenheit ins Geschehen einzugreifen!



Einladung zur ordentlichen Mitgliederversammlung

Termin: Samstag, 20.3.82
Ort: Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk e.V. — Ufa-Gelände, Viktoriastr. 10-13, 1-42, am U-Bhf. Ullsteinstraße
Beginn: 10.30 Uhr

ES GIBT VIEL ZU DISKUTIEREN UND ZU ENTSCHEIDEN. ARBEITSPAPIERE UND ÄNDERUNGSVORSCHLÄGE WERDEN ZU BEGINN DER VERANSTALTUNG VERTEILT. FERNER SEI AUF DEN ETWA 1 WOCHE VORHER ERSCHEINENDEN MITGLIEDER-RUNDBRIEF HINGEWIESEN.
ES WERDEN DIESMAL KEINE GRUPPEN GEBILDET, SONDERN IN ZWEI BLÖCKEN ALLE ANSTEHENDEN FRAGEN UND ENTSCHEIDUNGEN GEMEINSAM BEHANDELT UND ABGESTIMMT.

VORMITTAGS 10.30 BIS 13.00 Uhr

BEGRÜSSUNG — WAHL DES VERSAMMLUNGSLEITERS
RECHENSCHAFTSBERICHT DES VORSTANDS
BERICHT DER REVISOREN UND ENTLASTUNG DES VORSTANDS
NACHWAHL AUSGESCHIEDENER VORSTANDSMITGLIEDER
VERSCHIEDENES

MITTAGSPAUSE VON 13.00 BIS 14.30 UHR

NACHMITTAGS 14.30 BIS 19.00 UHR

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG DER SICH AUS DEN VORHERIGEN SECHSWÖCHIGEN GRUNDSATZDISKUSSIONEN ERGEBENEN PUNKTE:

1. STRUKTURVERÄNDERUNGEN IM NETZWERK
2. BETEILIGUNGEN / TRÄGERSCHAFTEN
3. PERSPEKTIVEN

Krisen

Probleme

hintergründe

VORSTAND

Selbstverwaltete Heilpraktikerschule sucht:

— Engagierte Schulmediziner/innen und Heilpraktiker/innen, die einige Stunden wöchentlich ihr Wissen weitervermitteln, d.h. uns unterrichten können.

Gemeinsam wollen wir uns die Zusammenhänge der Schulmedizin erarbeiten, um dadurch zum einen eine fundierte Ausbildung zu erhalten, sowie die traditionelle Trennung zwischen etablierter und „alternativer" Medizin aufzuheben.

— Materialien zur Einrichtung einer medizinischen Praxis. Eine Möglichkeit zur Beschaffung solcher Geräte ergibt sich oftmals bei der „Modernisierung" von Praxen. Da werden dann alte Instrumente, Laborgegenstände, Massageliegen etc. auf den Müll geschmissen. Wir können sowas gebrauchen, selbst wenn es nicht mehr neu ist. Ganz nebenbei halten wir dies auch für einen sinnvollen Beitrag zur Wiederverwertung medizinischer Gerätschaften.

Wenn ihr uns eine Chance geben wollt, so hört euch also ein bißchen um und denkt mal an uns.

In Berlin befindliche Sachen holen wir selbst ab.

Wir danken euch für eure (hoffentlich) solidarische Unterstützung.

Nachrichten könnt ihr bei Netzwerk oder im Gesundheitsladen (geöffnet von 17 bis 20 Uhr) hinterlegen, — wir melden uns dann.

Beitrittserklärung:

16

Ich trete dem Netzwerk Selbsthilfe e.V. ab..............bei.

Name: .... Telefon:...............

Straße: ....PLZ:..............Ort: ....

Datum, Unterschrift: ....

Mein Beitrag beträgt monatlich: ....DM. Ich überweise ihn ☐viertel- ☐halb- ☐ganzjährlich (Möglichst Dauerauftrag in großen Raten - spart Zeit&Geld.) Mein Geld soll vorwiegend verwendet werden für folgende Projekt-Art (bitte nur eine ankreuzen!):

☐ Stadtteil-Projekte	☐ Handwerks- u.a. Kollektive	☐ Bürgerinitiativen
☐ politische Komitees	☐ Ökologie-Projekte	☐ Kl. Netze, Nachbarsch.hilfe
☐ Frauen-Projekte	☐ Medien- und Zeitschriften	☐ Buchläden, Verlage, Druck
☐ Rechtshilfe	☐ pädagogische Projekte	☐ sozialtherapeutische Projekte
☐ pol. Theater- &Musikgruppen	☐ ohne besondere Präferenz	andere Projekte ....

Bitte ausschneiden und absenden an:

Netzwerk Selbsthilfe e.V.

Mehringhof, Gneisenaustr.2
1000 Berlin 61

☎ (030) 691 30 72
Büro: 10 - 17 Uhr

Konten:
Postscheckamt Berlin West, Kto.Nr. 424 262 - 104
Sparkasse der Stadt Bln. West [BLZ: 100 500 00], Kto.Nr. 022 000 571

- NETZWERK SELBSTHILFE -

Seit 1978 verbreitet sich organisiert eine Idee im Schweinsgalopp über's Land — Schaffen wir uns ein NETZ aus Menschen und Projekten, die sich wehren, Alternativen suchen, einander unterstützen, Informationen, Erfahrungen und Produkte solidarisch austauschen.

Knotenpunkte sind bisher über 30 NETZWERKE, Initiativen und Lokalvernetzungen in West-Berlin, der BRD und der Schweiz; die ca. 6000 Mitglieder sind Einzelpersonen aus der traditionellen und neuen Linken, der Frauen-, Ökologie- und Alternativbewegung, Humanisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Quer durch all diese Fraktionen zieht sich NETZWERK als ein optimistischer Beitrag zur politischen Kultur und solidarischem Handeln, denn die gemeinsame Idee ist simpel:

Die Mitglieder zahlen regelmäßig einen Betrag (im Moment durchschnittlich 16.- DM im Monat) in einen gemeinsamen Topf. So kommt eine stattliche Summe zusammen, die an Projekte und Initiativen vergeben wird, die

- ○ demokratische Selbstverwaltung praktizieren,
- ○ nicht auf individuellen Profit gerichtet sind,
- ○ modellhaft alternative Lebens- und Arbeitsformen erproben, bzw. emanzipatorischen oder aufklärerischen Charakter haben,
- ○ mit ähnlichen Projekten kooperieren statt konkurrieren,
- ○ personell oder organisatorisch Kontinuität und längerfristig (wo möglich) wirtschaftliche Tragfähigkeit gewährleisten.

DIE IDEE NETZWERK SELBSTHILFE KANN ÜBER DIE ANGEGEBENEN ADRESSEN ERREICHT WERDEN:

● Netzwerk Selbsthilfe
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6913072

● Netzwerk Selbsthilfe
Moorfuhrtweg 9
2000 Hamburg 60

Netzwerk Selbsthilfe
c/o Magazin Verlag
Königsweg 7
2300 Kiel
Tel. 0431/63143

● Netzwerk Bremen
c/o Ausbildungswerk Bremen
Heike Tassis
Weberstr. 18
2800 Bremen
Tel. 0421/73060

Netzwerk Hannover
c/o Druckerei Offizin
Stiftstr. 11
3000 Hannover
Tel. 0511/17622

● Netzwerk Selbsthilfe
c/o Rainer Marbach
Bühlstr. 21
3400 Göttingen
Tel. 0551/56035

● Netzwerk Nordhessen
c/o ESG
Goethestr. 96
3500 Kassel
Tel. 0561/36015

● Netzwerk Nordhessen
c/o Buchhandlung Roter Stern
Am Grün 28
3550 Marburg

● Netzwerk im Pott e.V.
Eltinger Str. 2
4300 Essen 1
Tel. 0201/32 26 48

● Netzwerk Münsterland
Am Mittelhafen 58/59
4400 Münster
Tel. 0251/664555

● Netzwerk Osnabrück
Reginald Bruhn
Herderstr. 14
4500 Osnabrück

● Netzwerk Selbsthilfe
c/o Wolf Steinhuber
Prokopigasse 2
A-8010 Graz
Tel. A-0316/738 074

● Netzwerk Ruhrgebiet-Ost
c/o Wilfried Paschvoss
Harnackstr. 7
4600 Dortmund 1
Tel. 0231/127820

● Netzwerk Ost-Westfalen
Rohrteichstr. 61
4800 Bielefeld 1
Tel. 0521/174444

● Netzwerk Köln
c/o Caroline Dobring ASH
Barbarastr. 3-9 Block 5
5000 Köln 60
Tel. 0221/762140

Lokalvernetzung Aachen
Karl Kremer
Bismarckstr. 106
5100 Aachen
Tel. 0241/512248

● Netzwerk Bonn
c/o Ilona Berke
Breite Straße 79
5300 Bonn 1
Tel. 0228/637 448

● Netzwerk Sauerland
c/o Jochen Dräger
Gut Bönkhausen
5760 Arnsberg 2
Tel. 02935/743

● Netzwerk Rhein-Main
c/o Kita Kinderhaus
Vogtstr. 41
6000 Frankfurt 1

Netzwerk Saar
c/o Hans Günther Grewer
Im Heimgarten 14
6600 Saarbrücken
Tel. 0681/398142

● Netzwerk Nordbaden
c/o Umweltzentrum
Rohrbacherstr. 67
6900 Heidelberg
Tel. 06221/29775

Netzwerk Stuttgart
c/o S' Blättle
Böblingerstr. 59
7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/605353

Netzwerkinitiative Neckar-Alp
Kronengasse 5
7430 Metzingen
Tel. 07123/150 40

● Netzwerk Dreyecksland
Habsburgerstr. 9
7800 Freiburg
Tel. 0761/700270

Netzwerk Bodensee-Oberschwaben
Untere Breite Str. 19
7980 Ravensburg
Tel. 0751/24 17 0

Netzwerk München
c/o ZOFF
Heßstr. 80
8000 München 40

Arbeitsgemeinschaft Netzwerk
c/o Schanzer Journal
Bei der Schleifmühle 6
8070 Ingolstadt
Tel. 0841/33400

Netzwerk Franken
c/o Komm-Kommunikationszentrum
Königstr. 93
8500 Nürnberg
Tel. 09011/162 855

Netzwerk Franken
c/o Saftladen
Altstädter Kirchenplatz 1
8520 Erlangen
Tel. 09131/26500

Netzwerk Lokalvernetzung
c/o Arnold Kiesl
Bayreutherstr. 27
8581 Heinersreuth

Lokalvernetzung Würzburg
c/o Vielewegeladen
Zinkhof 1
8700 Würzburg

Netzwerk Augsburg
c/o Peter Golle
Löschweg 12
8901 Leitershofen
Tel. 0821/46 75 07

Netzwerk Lokalvernetzung
Salzgasse 127
8910 Landsberg

Netzwerk Lokalvernetzung
c/o Joe Nösle
Hirschstr. 8
8960 Kempten

● Netzwerk Selbsthilfe
c/o Das Kino
Giselakai
A-5020 Salzburg

● Netzwerk Selbstverwaltung
Basler Str. 106
CH-8048 Zürich

Die mit ● gezeichneten Netzwerke sind finanziell autonom.